Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Berlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 47. **Halle, Dienstag, den 25. Februar 1919.** **3. Jahrgang.**

Der Kampf um das Stadtparlament.

Schlag auf Schlag hat die sozialistische Revolutionsregierung bedeutende Forderungen des praktischen Teiles des sozialdemokratischen Parteiprogramms verwirklicht. In politischer Beziehung hat sie insbesondere das Selbstbestimmungsrecht des Volkes bei uns aufgerichtet. Auch die Stadtverordnetenversammlung in Halle wird kommenden Sonntag im allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlverfahren nach dem Verhältniswahlsystem für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen der Gemeinde neugewählt.

Wenn jetzt das Volk es will, dann werden mit einem Schlage die alten Gemeindegrößen verschwinden, die nicht auf Grund ihres tieferen sozialen Empfindens, nein vielfach nur auf Grund der Vorrechte der Geburt und des Besitzes in ihre Aemter hineingekommen. Aufhören wird die Beherrschung des Stadtparlaments durch Vertreter derjenigen Parteien, die niemals auch nur mit einem Worte für die Gleichberechtigung der Gemeindeangehörigen eingetreten.

Der Krieg mit seinen Trümmern und Gräbern hat die allerschärfste Notwendigkeit erschaffen zur Betreibung einer Gemeindepolitik nach sozialistischen Grundsätzen. Diese Grundsätze verlangen, daß nicht mehr das Interesse und die Schonung des Besitzes vorangestellt, sondern der Nutzen und das Wohlergehen der Allgemeinheit, Zweck und Sinn des Gemeindebetriebs und des gemeindlichen Zusammenlebens sein soll.

Den Gemeindesozialismus kann die einfachste Frau und der einfachste Mann aus dem Volke begreifen. Seine Wirkungen werden sich so schnell zeigen, daß die Bevölkerung, und besonders die Frauenwelt, sich rasch dafür gewinnen läßt. Denn all seine Bestrebungen gehen gerade die Frauen, die Mütter, die das werdende Leben hegen und pflegen, so unmittelbar an, daß keine einzige sich ihnen entziehen kann!

Ein paar Beispiele mögen das beweisen.

Es besteht keine Meinungsverschiedenheit, welch große Wichtigkeit die Bevölkerungspolitik durch den Krieg verlangt hat. Aber wir Sozialdemokraten lehnen es ab, hier Scheinhilfe zu leisten, indem wir einfach den Fanatismus der Geburtenförderung unterstützen. Die Einmischung in diese intimsten und feinsten Beziehungen der Menschen zueinander kann nicht Aufgabe des Staates sein. Es ist jedoch Aufgabe des Staates und der Gemeinden, dafür zu sorgen, daß jedes Kind unter möglichst günstigen Verhältnissen geboren werden und heranwachsen kann und die gewissenlosen Schädigungen unterbleiben, die es bereits im Mutterleib erfahren kann und denen es später in so hohem Maß ausgesetzt ist. Wir stellen das Prinzip der Menschenerhaltung in den Vordergrund. Da muß besonders in den Gemeinden mit dem alten Grundsatz endgültig gebrochen werden: Erst müsse der Mensch körperlich, geistig und sittlich völlig heruntergekommen sein, bevor die Gemeinde mit ihrer Hilfe einsetzen dürfe.

Jegliche Verbesserung der Lebenshaltung, die Bekämpfung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, die Ausbildung der Säuglings- und Kinderfürsorge, jegliche Hebung des Schul- und Bildungswesens, Schutz und Sicherung der Väter und Mütter des Volkes, das alles heißt zielbewußte, durchgreifende Bevölkerungspolitik treiben. Der Mensch, seine Erhaltung und Erhebung auf eine höhere Stufe der Existenz und der Sittlichkeit, das muß das Ziel alles Wirkens auf allen Gebieten des Volks- und Gesellschaftslebens sein.

Der Gemeinde aber eröffnet sich nach ihrer Demokratisierung ein weites Feld für diesen sozialistischen Grundgedanken. Wir haben die furchtbaren Zahlen gelesen vom großen Hungersterben in diesem Kriege durch die Lebensmittelblockade der Engländer draußen und der Engländer im eigenen Lande. Allüberall sieht es in den Städten und bei den Armen im Lande, auch mit dem Kindersterben ungeheuerlich aus. Nun, was hindert die Gemeinden, sich jetzt eine sozialistische Gemeindeverwaltung zu wählen, die grundsätzlich die Lebensmittelversorgung erweitern und verbessern wird!

Das Gedeihen der Allgemeinheit steht hoch über allen Interessen. Nach diesem Grundsatz aber kann die Kommune den Aufkauf von Kartoffeln, Gemüse, Getreide, Obst direkt vom Produzenten und die Abgabe zum Selbstkostenpreis in ganz anderem Umfange als bisher betreiben. Die Kommune kann die landwirtschaftliche Eigenproduktion auf eigenen Gütern ausgestalten und dadurch zur Verbilligung der Lebensmittel beitragen. Sie kann die kommunale Schweinemast betreiben, kann Bäckereien und Fleischereien übernehmen, die Milchzufuhr gemeinnützig regeln. Die größtmögliche Vermehrung der Nahrungsmengen und die größtmögliche Verbilligung bei ihrer Erzeugung und ihrem Vertrieb, das sei der oberste Gesichtspunkt bei der einzuschlagenden Lebensmittelpolitik der Kommunen.

Welch ein Segen wäre die Ausbildung der Kranken-, Säuglings- und Kinderfürsorge.

Die Bedingungen der Unterkunft in Krankenhäusern müssen erleichtert, die Krankenhausfürsorge für Gebärende muß viel weiteren Kreisen eröffnet werden. Wo ist denn in den Wohnungen der Armen Raum, sachgemäße Pflege und peinliche Sauberkeit, wie sie für Wöchnerin und Kind notwendig sind? Die Gemeinden müssen zur Einführung der unentgeltlichen Hebammenhilfe, zur unentgeltlichen Pflege durch Gemeinde-Wochenpflegerinnen im Hause schreiten. Das Heilstättenwesen für Genesende, besonders die Lungenheilstätten, kann auf Kosten der Gemeinden gepflegt, durch eigene Apotheken können die Arzneimittel verbilligt werden.

Die Gemeindefürsorge hat sich den Säuglingen der Minderbemittelten zuzuwenden. Die Hälfte aller Säuglinge, noch eine weit größere Zahl aller Kleinkinder ist in ihren Daseinsbedingungen gefährdet und daher fürsorgebedürftig. Diese Fürsorge durch Krippen und Säuglingsheime, unter ärztlicher Kontrolle, durch den Kindergarten im Schulwesen der Zukunft kann nur die Gesetzgebung und die Allgemeinheit leisten. Und nichts davon soll als Armenunterstützung geleistet werden. Soweit die Gemeinden nicht imstande sind, die entstehenden Lasten zu tragen, müssen die weiteren Kräfte des Reiches und Landes eingreifen. Das alte Deutschland hat Milliarden zur Vernichtung von Leben aufgewendet, das neue Deutschland soll seine wieder blühend werdenden und noch reichen Kräfte zur Hebung jeglichen Menschenlebens verwenden. Eine Steuerpolitik soll dazu dienen, die die Steuer nach oben stark steigert, während sie bisher nur nach unten stark progressiert war, um nur ja die armseligsten Einkommen noch zur Steuer heranzuziehen.

Alle Volksgenossen, die im lebendigen Menschen das wertvollste Gut und das heiligste Ziel des Lebens sehen, sie müssen alle helfen an unserer Aufgabe! Sie haben im freien Wahlrecht das Mittel, sich emporzureißen durch die Wahl von Kommunalsozialisten, der die demokratische Wahl der Bürgermeister, der Ortsvorsteher und Magistrate folgt.

Wähler und Wählerinnen, die Stunde ist da, die Bahn ist frei zum Aufbau; die wichtigste aufbauende Tätigkeit wird in der Gemeinde geleistet, und daß sie im Sinne der Volksmehrheit geleistet wird, dazu gehört, daß keine Vertreter des Geldsackes, keine Interessenvertreter des Grundbesitzes gewählt werden, sondern Sozialdemokraten, die Kandidaten und Kandidatinnen der alten sozialdemokratischen Partei. Jeder muß wählen und darf im eigenen Interesse keine andere Liste wählen, als die

Liste Kleeis.

Dr. Preuß über die neue endgültige Reichsverfassung.

Die Montagssitzung der Nationalversammlung.

Das provisorische Reichswehrgesetz, das heute als erster Gegenstand auf der Tagungsordnung der Nationalversammlung stand, ist nicht zur Beratung gekommen. Entwürfe müssen den Abgeordneten drei Tage lang vorher gedruckt vorliegen; dieser Entwurf war aber erst am Sonntag verteilt worden. Die Unabhängigen erhoben deshalb gegen die Beratung Widerspruch. Diesem Widerspruch muß stattgegeben werden, wenn er von 15 Mitgliedern des Hauses unterstützt wird. Nun waren nur 11 Unabhängige zur Stelle; aber der Unabhängige Dr. Cohn mache wiederholte Bittgänge zu den Deutschnationalen Bruhn, dem Herausgeber der Wahrheit und Dr. Roesicke vom Bunde der Landwirte. Und siehe da, die Deutschnationalen ließen sich erweichen und machten gemeinsam mit den Unabhängigen Obstruktion gegen eine Militärvorlage, bei der eine Verzögerung um 24 Stunden schon einen uneinbringbaren Schaden für Deutschland bedeuten kann. Die Alldeutschen von gestern, heute als Obstruktionisten gegen eine Wehrvorlage. Die Patentpatrioten, die am liebsten jeden auf den Scheiterhaufen gestellt hätten, der es wagte, gegen eine Forderung der Militärkamarilla den leisesten Widerspruch zu erheben, lehnen nicht nur die Heeresforderungen der Republik ab, die zum Schutz unserer Grenzen gegen Polen und Bolschewisten und zum Schutz unserer Freiheit gegen Gewaltmenschen im Innern nötig sind, sondern sie vereiteln auch planmäßig ihre Verabschiedung. Unabhängige und Deutschnationale tauschen öffentlich den Bruderkuß und kämpfen gemeinsam gegen das Volksheer. Welch eine Wendung durch des Schicksals Fügung!

Staatssekretär Preuß begründete dann den Entwurf der endgültigen Verfassung. Er rühmt die ehrliche Erfüllung aller demokratischen Forderungen und beklagte die vielfachen Abstriche, die sich der Gedanke der Reichseinheit hat gefallen lassen müssen. Seine Ausführungen waren vielfach geistreich, blieben bei der schwachen Besetzung des Hauses und dem schlechten Vortrag ziemlich wirkungslos. Für das vorläufige Reichswehrgesetz hat nun am morgigen Tag, der sitzungsfrei sein sollte, eine Vormittagssitzung angesetzt werden müssen.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Tagesordnung: Reichswehrgesetz, Verfassungsgesetz.

Innenminister Dr. Preuß:

Als ich die vorläufige Verfassung vorlegte, war ich keineswegs sicher, Ihnen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit den endgültigen Verfassungsentwurf als einstimmigen Beschluß der Reichsregierung vorlegen zu können. Der Entscheidungskampf um die Verfassung beginnt erst jetzt. Ich verkenne nicht, der organisatorische Grundgedanke konnte nicht in klarer Eindrücklichkeit restlos durchgeführt werden. Aber die republikanische Staatsform, die Durchführung der Demokratie ist restlos und in gerader Linie in dem Entwurf enthalten. Die Staatsgewalt liegt nunmehr beim Volke. Der Ausgangspunkt ist die Selbstregierung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Trotz des Namens „Reich" ist das neue Reich ein Freistaat, eine Republik. Einen geeinten freien Nationalstaat wollen wir organisieren, aber nicht in nationalistischer Abschließung. Die junge deutsche Republik bekennt sich zum Völkerrecht und zum Völkerbund. Aber eine Voraussetzung ist dabei, die deutsche Demokratie kann nur einen Völkerbund begrüßen, der die Gleichberechtigung und die Freiheit aller seiner Glieder vorbehaltlos anerkennt. Das müssen die alten Demokratien endlich begreifen, wenn sie nicht den demokratischen Fortschritt der Menschheit freventlich verhindern wollen. Die Homogenität zwischen Reich und Gliedstaaten ist durch die neue Verfassung bis zu einem gewissen Grade garantiert durch die Normativbestimmungen für die Verfassungen der Einzelstaaten, im wesentlichen Garantie republikanischer Verfassung, des demokratischen Wahlrechts und der dem Volke verantwortlichen Regierung. Nur schwer konnte die Reichsregierung auf die Streichung des Absatzes verzichten, daß die einzelstaatlichen Kriegsministerien bestehen bleiben. Im Interesse der Vereinheitlichung des Militärwesens wäre dringend zu wünschen, daß es der Nationalversammlung gelingen möge, hier über den Entwurf hinaus ein Stück vorwärts zu gehen. Auch in der völligen Vereinheitlichung des Verkehrswesens ist nicht ganze Arbeit gemacht worden. Wenn auch nicht alles erreicht ist, so sind Fortschritte gegen bisher doch zweifellos erzielt worden. Erfreulich ist, daß demnächst eine deutsche Reichspostmarke im ganzen Reiche gelten wird. Eine starke Förderung hat der Einheitsgedanke auf dem Gebiete des Finanzwesens erfahren. Hier hat der Druck der augenblicklich auf unserem Volke liegenden Last sich durchgesetzt. Kirche und Schule sind nicht aufgenommen worden, entgegen den ursprünglichen Absichten der Regierung. Den Einzelstaaten sind hier eine Reihe von Sonderrechten vorbehalten. Es besteht aber die begründete Aussicht, daß sie möglichst bald beseitigt werden können. — Aber auch die sofortige Durchführung des Einheitsstaates ist nicht von heute auf morgen zu erreichen.

Da aber die Idee des Staatenhauses keinen Beifall findet, so soll ein Reichsrat geschaffen werden. Und damit geht es auch so, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichsrat nicht ein dem Reichstage gleichberechtigtes Factor der Gesetzgebung sein kann, wie es der Bundesrat früher war. Und diese Bedingung ist ja auch im Entwurf durchgeführt worden. Dem Reichsrat steht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Suspensiv-Veto zu. Aber vom Reichsrat abgelehnte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190225-15/fragment/page=0001

Entwürfe kann die Reichsregierung in ihrer Form an den Reichstag bringen.

In der Organisierung der Reichsgewalten ist der demokratisch-republikanische Standpunkt als Zeitgedanke rein und klar durchgeführt, so vor allem in den Bestimmungen über den Reichstag. Neben den Reichstag stellte der Entwurf den unmittelbar aus Volkswahlen hervorgegangenen Reichspräsidenten. Es erscheint hier notwendig, neben das unmittelbar aus rein demokratischen Wahlen hervorgehende Parlament eine durch dieselbe demokratische Grundlage geschaffene starke Präsidentengewalt zu stellen. Das parlamentarische System verlangt ein solches Gleichgewicht der Gewalten. Neben den sich ergänzenden Befugnissen von Präsidenten und Reichstag, an die Wähler zu appellieren, hat der Präsident die Funktionen des republikanischen Staatenhauses. Die wichtigste staatsrechtliche Funktion des Präsidenten ist die Bildung der Reichsregierung, für die der Entwurf das Amt des Reichskanzlers vorsieht.

Reichsregierung und Staatenausschuß legen für diesen Entwurf die alleinige endgültige Entscheidung in Ihre Hände. Was von Ihrer Kraft und Weisheit für die Zukunft abhängt, wissen Sie. Lassen Sie sich bei Ihrem Wirken durch die Stimme des Freiherrn von Stein lenken: „Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland". Deshalb kann ich nur dem gesamten Deutschland und nicht einem Teile davon mit ganzer Seele ergeben sein. (Beifall!)

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Tagesgeschichte.

Klarheit und Einigung in Bayern.

Die Freiheit berichtet aus München:

Am Sonntag vormittag tagte im Münchener Koloseum die Wahlkreiskonferenz der U. S. P. und der Mehrheitssozialisten, die sich dem Entwurf über die Einigung des Proletariats in allen Punkten vorbehaltlos angeschlossen hatte. Die von der Kommission zur Wiederherstellung der Einheit unter den sozialdemokratischen Parteien getroffene Vereinbarung, ist gestern auch von den Organisationen anerkannt worden. Damit ist die Möglichkeit gegeben, aller Versuche der Reaktion und des Bürgertums, die Lage für sich auszunutzen, entgegenzutreten.

Die Kommunisten sind bei dieser Einigung nicht beteiligt.

Von den bisherigen Ministern bleiben voraussichtlich im Amt: Unterleitner, Soziales; Jaffé, Finanzen; Timm, Justiz; Hoffmann, Kultus; Frauendorfer, Verkehr. Das Innere wird einstweilen, bis zur Genesung von Auer, von Segitz verwaltet werden.

Das Ministerium des Aeußeren soll Dr Mühlon oder Professor Wilh. Förster erhalten.

Das militärische Ministerium übernimmt Minister Simon, der zweite Vorsitzende des Landessoldatenrates oder Richard Scheid, bisheriger Regierungsvertreter beim Generalkommando. Das neugegründete Landwirtschaftsministerium wird Dirr (Bauernbund) übernehmen.

Auch im übrigen Bayern, in Nürnberg und Augsburg geht alles wieder seinen geordneten Gang.

Auch die Unruhen in Baden, in Mannheim und Karlsruhe sind auf friedlichem Wege beigelegt.

Die neue bayrische Regierung.

München, 24. Febr. Die neue Regierung wird sich zusammensetzen aus 3 unabhängigen Sozialdemokraten, 4 Mehrheitssozialisten, 2 Bürgerlichen und einem Bauernbündler.

An wem scheitert friedliche Einigung?

Die Reichsregierung hat in einer Reihe von kleineren Fällen und jetzt erst im Industriegebiet wieder bewiesen, wie unberechtigt der Vorwurf der Unabhängigen und Spartakisten ist, daß sie mit Gewalt Blutvergießen suche. Sie hat mit den Aufständischen verhandelt und eine Einigung erzielt. Aber jetzt zeigt sich wieder, daß die Spartakistenführer gar nicht in der Lage sind, die Innehaltung der von ihnen geschlossenen Verträge zu garantieren. Ein großer Teil der von ihnen aufgestachelten Massen weigert sich einfach, die Bedingungen des Abkommens zu erfüllen. Das Ende des Generalstreiks ist vereinbart, aber fanatisierte Haufen verhindern noch allenthalben die Einfahrt der Bergleute; Bottrop sollte geräumt werden, aber die dortige Besatzung zieht nicht ab. Die Spartakisten haben die Massen so verhetzt, daß diese sich an keine Einigung kehren. Nachher wollen sie dann aber die Schuld auf die Regierung schieben.

Zerreißung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Die Organisationszersplitterung durch die Linksradikalen hat jetzt auch im Reichsbund der Kriegsbeschädigten eingesetzt. Diese Organisation stand bisher auf dem Boden der partei-politischen Neutralität und hatte auf dieser Grundlage in 1½ Jahren 150 000 Mitglieder gewonnen. Von der Seite der Unabhängigen und Spartakisten war die Bundesgründung ursprünglich bekämpft und verhöhnt worden. Als man sah, daß die Bewegung unter den Kriegsbeschädigten nicht aufzuhalten war, suchte man sich ihrer zu bemächtigen. In Berlin gingen die unabhängigen Organisationsmitglieder mit dem Bund. Auf der letzten Delegiertenversammlung stellte er den Antrag, die die partei-politische Neutralität aussprechenden Paragraphen der Satzungen aufzuheben und statt dessen eine in spartakistischem Sinne gehaltene Satzung anzunehmen, durch die sich der Reichsbund auf den Boden der „Weltrevolution" stellt. Dieser Antrag wurde mit 61 gegen 47 Delegiertenstimmen abgelehnt. Darauf erklärten die Linksradikalen geschlossen ihren Austritt. Sie hatten bereits im voraus die Plakate drucken lassen, in denen zur Gründung einer neuen Organisation eingeladen wird.

Lebensmittelzufuhr und ausländische Wertpapiere.

Ueber die Finanzierung der Lebensmittel durch ausländische Wertpapiere erfahren die V. P. N. an zuständiger Stelle folgendes: Gegenüber anders lautenden Meldungen muß darauf hingewiesen werden, daß über die Abfindung, die den Eigentümern ausländischer Wertpapiere gezahlt werden wird, noch nichts feststeht und noch nichts feststehen kann, weil die Regierung der Angelegenheit erst auf Grund von Verhandlungen mit der Entente über den Verkauf von Lebensmitteln, zu deren teilweiser Bezahlung die ausländischen Wertpapiere dienen sollen, möglich ist.

Der deutsche Bestand an Eisenbahnwaggons.

Einer Kopenhagener Meldung zufolge ist der Generaldirektion der dänischen Staatsbahnen ein Angebot von deutscher Seite gemacht worden, demzufolge den dänischen Staatsbahnen rund 1000 deutsche Eisenbahnwagen leihweise zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Angelegenheit hat in den interessierten Kreisen Aufsehen erregt, weil man in diesen der Ansicht war, daß in Deutschland ein fühlbarer Mangel an Wagen herrschte. Es wird indessen angegeben, daß es hauptsächlich an Lokomotiven fehlt und genügend Eisenbahnwagen vorhanden sind, die nur wegen des Lokomotivmangels nicht benutzt werden können.

Konferenz der Kaliarbeiter.

Am 18. Februar tagte im „Rheinischen Hof" zu Erfurt eine Konferenz der Kaliarbeiter aus den Bezirken der Werra, der Unstrut und des Südharzes. Vertreten waren 43 Unternehmungen (mit 64 Schächten) sowie die bei diesen vorhandenen chemischen Fabriken durch insgesamt 192 Delegierte. Es wurden folgende Entschließungen angenommen:

„Die am 13. Februar in Erfurt tagende Delegierten-Versammlung der Kaliwerksarbeiter des Bezirks Thüringen-Südharz erklärt sich bis auf weiteres mit den Lohnabmachungen einverstanden, die am 30. Januar zwischen dem Verein der Kaliinteressenten und den in Frage kommenden Gewerkschaftsverbänden vereinbart worden sind. Dieselben gehen dahin, daß zu der am 27. November 1918 bereits bewilligten Lohnsteigerung von 1 Mark pro Schicht für die unterirdische Belegschaft ab 1. Februar 1919 für dieselbe Belegschaft noch 1 Mark hinzukommt. Ebenso erhalten die über 17 Jahre alten männlichen Mitglieder der Belegschaft über Tage ab 1. Februar 1 Mark Zulage pro Schicht. Der Mindestlohn für Gedingarbeiter erhöht sich entsprechend. Für die unterirdische Belegschaft wird ab 1. Februar 1919 freies Geleuchte (Karbid) in Höhe des Durchschnittsverbrauchs (bei voller Beschäftigung) der letzten drei Monate geliefert.

Die Konferenz spricht sich weiter dafür aus, daß eine tunlichst baldige Vergesellschaftung des Kalibergbaus erstrebt werden muß. Der Sozialisierung muß natürlich die Demokratisierung der Betriebe vorausgehen. Eine überstürzte Sozialisierung wird angesichts der durch den Krieg geschaffenen unsicheren Lage, namentlich in Bezug auf den Auslandsabsatz, ein Experiment sein, das die größten Schäden für die Arbeiterschaft mit sich bringt.

Der Delegiertentag erkennt an, daß gerade durch die Gewerkschaftsarbeit die Demokratisierung der Betriebe seit Jahrzehnten erstrebt wurde und auch allein durch sie erleichtert werden kann. Ist dies geschehen, wozu die bevorstehenden Ausschußwahlen (Rätewahlen) einen weiteren Schritt bedeuten, ist das Wirtschaftsleben Deutschlands in ruhigere Bahnen geleitet, dann ist der Weg frei zur Vergesellschaftung der Gruben.

Die Konferenzteilnehmer tadeln auf das entschiedenste die in letzter Zeit von gewissen unverantwortlichen Personen gegen die Gewerkschaften und ihre Führer entfachte Hetze und geloben, auch weiterhin für die Stärkung ihrer Organisationen einzutreten, weil sie wissen, daß die Schreier nur der Reaktion nützen und die für die Arbeiter so überaus wichtigen Organisationen schädigen. Im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und der Herbeischaffung von Lebensmitteln richten die Delegierten an alle Bergarbeiter die dringende Aufforderung, jetzt von Arbeitseinstellungen abzusehen. Alle Differenzen sind zunächst durch die Arbeiterausschüsse (Räte), dann durch die geschaffene Arbeitsgemeinschaft mit den Verbänden und den Unternehmern zu schlichten."

Eine zweite, auch einstimmig angenommene Entschließung lautet:

„Die am 13. Februar in Erfurt versammelten Kaliarbeiter sprechen in Gemeinschaft mit den Unternehmern die Erwartung aus, daß die in manchen Landesteilen beabsichtigte Ausschaltung der Kaliarbeiter von den Bezügen der Schwer- und Schwerstarbeiter nicht erfolgt, die Kaliarbeiter vielmehr nach wie vor diese Zulagen erhalten, solange sie andern Arbeitern bewilligt werden."

Lokales und Provinzielles.

Halle, 25. Februar 1919.

Stadtverordneten-Sitzung

am 24. Februar 1919.

Zum letzten Male versammelten sich die bisherigen Stadtväter der hiesigen Dreiklassenstube im Ratskellergebäude. Eine reiche Schüssel von Vorlagen hatte der Magistrat den Stadtverordneten zur Erledigung vorgesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hält der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Keil eine kurze Ansprache, worin er zum Ausdruck bringt, daß die bisherige stetige Fortentwicklung der Stadtverordneten-Versammlung durch die Regierungsverordnung jäh unterbrochen sei. Es sei das Bestreben der bisherigen Stadtverordneten gewesen, Hand in Hand mit dem Magistrat zum Wohle der Stadt und nach bestem Können das ihnen übertragene Ehrenamt auszuüben. Hervorragendes sei geleistet, erfahrene weitblickende Männer hatten es verstanden, trotz kläglicher Finanzlage, dank weiser Sparsamkeit am rechten Platz die Geschicke der Stadt während der schweren Kriegsjahre zu lenken. Jeder habe völlig uneigennützig dem Wohle der Allgemeinheit gedient und darum müßten alle Angriffe gegen die bisherigen Stadtverordneten restlos zerschellen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die kommenden Männer und Frauen das Wohl der Gesamtheit, nicht das Interesse einzelner Klassen in der neuen Stadtverordneten-Versammlung vertreten mögen. (Lebhafter Beifall.)

1. Stv. Gradehand und Georg berichten über eine Vorlage, die eine Erweiterung der Schlammtrockenanlage auf der Kläranlage (Lafelwerder) vorsieht. Die Kosten in Höhe von 29 000 Mark sollen aus den beim Baukonto „Kläranlage" noch verfügbaren Mitteln bewilligt werden. Die Versammlung beschließt demgemäß.

2. Stvv. Schulze und Georg befürworten die Genehmigung zur Ausschreibung eines Wettbewerbs zu erteilen und für Preise 5000 Mark aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds bezw. aus Ueberschüssen des Rechnungsjahres 1918 zu bewilligen. Es handelt sich um die Gewinnung eines Bebauungsplanes für das nördlich der Artilleriestraße gelegene Ackergelände bis zur Kasseler Umgehungsbahn und der alten Leipziger Chaussee sowie um Typen von Lauben, Kleinviehstallungen Veranden, Gartenhäuschen usw. Die Versammlung genehmigt die Vorlage

3. Für die Kanonierstraße, die von der Merseburger Straße bis Beesener Weg die Grenze zwischen Ammendorf und Halle bildet, ist von der Gemeinde Ammendorf ein Fluchtlinienplan mit der Stadt Halle vereinbart. Stv. Boede empfiehlt Zustimmung hierzu sowie Genehmigung des Straßenausbau-Vertrages. Die Versammlung beschließt demgemäß.

4. Die akademische Speiseanstalt e. V. in Halle beabsichtigt das „Hotel zur Tulpe", Alte Promenade, anzukaufen. Der Preis soll mit Inventar 320 000 Mark betragen, wovon 125 000 Mark als Hypothek an 1. Stelle verbleiben. Um den Rest zu decken, will die Sächs. Provinzial-Bank Merseburg ein unkündbares Darlehen von 212 000 Mark (4¼ Proz Verzinsung und 1 Proz. Entschuldung) zum Kurse von 92 Proz. (195 040 M.) gewähren, wenn die Stadt Halle selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt. Die Stadt ist damit einverstanden, wenn für die Stadt eine Sicherungshypothek bis zur Höhe des Darlehns auf das Grundstück eingetragen wird und sich die Sicherung auf das dem Grundstück vorgelagerte, der Universität gehörige 256 Quadratmeter große Gelände mit erstreckt. Stv. Finger berichtet über die Vorlage und empfiehlt, die Sache dringlich zu behandeln. Er verweist auf die Wichtigkeit der akademischen Speiseanstalt auch im Interesse der Stadt. Die Versammlung genehmigt die Vorlage

5. Gerade rechtzeitig, d h in der letzten Versammlung vor den Wahlen, hatten die Stadtväter noch einmal Gelegenheit, den städtischen Beamten eine Gehaltserhöhung zu bewilligen. Stv. Hoß berichtet über die Vorlage und erklärt, daß die Eingaben des Beamtenausschusses vom 6. Februar eine Gehaltsaufbesserung von 80 Proz. bei Gehältern bis 1500, 40 Proz bis 3000 und 30—10 Prozent bei den höheren in der Magistratsvorlage berücksichtigt wurden. Der Haushaltsausschuß hat die Vorlage dahingehend abgeändert, daß statt der beantragten Dauer von 13 Monaten eine solche von 7 Monaten für die Gültigkeit der Gehaltserhöhung eintreten, für alle Beamten eine gleichmäßige Erhöhung ihrer Gehälter um 1200 M., also monatlich 100 M. betragen soll. Der Berichterstatter meint, daß die Versammlung eine alte Schuld an die Beamten zu entrichten hätte und bittet um Annahme der Vorlage in der Fassung des Haushaltausschusses. Es setzt nun eine sehr lebhafte Aussprache ein. Stv. Heine drückt seine Befriedigung aus, seinen Antrag so schnell erledigt zu sehen. Auch Stv. Hennig war erstaunt, daß diese Vorlage so schnell kam und spricht die Hoffnung aus, daß die neue kommende Stadtverordneten-Versammlung die endgültige Regelung der Beamtengehälter in sozialistischem weitgehendsten Sinne erledigen werde. Er beantragt, die niedrigeren Gehaltsstufen bis 2100 M. monatlich um 120 M. zu erhöhen, dafür die Gehaltsstufen von 5500 M. aufwärts ohne Erhöhung zu belassen. Stv. Balke beantragt, die Gehaltsstufen bis 4200 M. mit der Erhöhung von monatlich 120 M. zu bedenken. Stv. Gröbel weist den Vorwurf des Stv. Heine zurück und erklärt, daß auch die sozialdemokratische Fraktion für den Antrag Heine gestimmt hat. In längeren Ausführungen weist er darauf hin, daß gerade die kleine sozialdemokratische Minderheit immer und immer wieder Anträge auf Besserstellung der kleineren

Die Geschichte zweier Städte.

18) Roman von Charles Dickens.

Aber freilich war damals vom Leben zum Tode bringen ein in allen Gewerben und Ständen, und nicht am mindesten bei Tellsons, sehr beliebtes Rezept. Der Tod ist das Heilmittel der Natur für alle Dinge, und warum nicht auch das der Gesetzgebung? Demnach ward der Fälscher hingerichtet, wer eine falsche Banknote ausgab, wurde hingerichtet, wer einen Brief unrechtmäßig erbrach, wurde hingerichtet, der dem ein Pferd vor Tellsons Tür zum Halten übergeben worden und der sich damit aus dem Staube machte, wurde hingerichtet, der Falschmünzer, und hatte er nur einen falschen Schilling geprägt, wurde hingerichtet, drei Vierteile von denen, die die Töne in der ganzen Skala des Verbrechens anschlugen, wurden hingerichtet. Nicht etwa, daß damit im mindesten dem Verbrechen vorgebeugt wurde — man hätte fast behaupten können, daß das Gegenteil der Fall war — aber man wurde dadurch wenigstens für diese Welt die Mühe und Beschwerde jedes einzelnen Falles los und schnitt jede weitere damit verbundene Sorge ab. So hatten Tellsons in ihrer Zeit, wie andere größere Geschäfte unter ihren Zeitgenossen, so oft dem Halsabschneiden obgelegen, daß, wenn die davon betroffenen Köpfe, anstatt im stillen beseitigt zu werden, auf dem Tempeltore aufgesteckt worden wären, sie wahrscheinlich das wenige Licht, das das Erdgeschoß hatte, in einer ziemlich bedeutsamen Weise abgesperrt hätten.

In allerlei Ställe und unbegreifliche Winkel eingepfercht, besorgten bei Tellsons die ältesten alten Männer das Geschäft mit ernster Würde. Bekam ein junger Mann eine Stelle in Tellsons Londoner Geschäft, so versteckten sie ihn irgendwo, bis er alt wurde. Sie hoben ihn an einem finstern Ort auf, gleich einem Käse, bis er den echten Tellsonduft und Schimmel bekommen hatte. Erst dann durfte er sich sehen lassen, mit großer Brille über großen Büchern brütend und mit seinen Kniehosen und Gamaschen die allgemeine Würde der Firma erhöhend.

Vor Tellsons Hause — nie, um keinen Preis darin, außer wenn er gerufen wurde — hatte ein Mann seinen Posten, der als gelegentlicher Ausläufer und zugleich als das lebendige Schild des Hauses diente. Während der Geschäftsstunden war er nie abwesend, außer wenn er ausgeschickt worden war, und dann war er durch seinen Sohn vertreten, einen unheimlichen Gnom von zwölf Jahren, der sein Ebenbild war. Die Leute erzählten sich, daß Tellsons von ihrer Höhe herab den Ausläufer duldeten. Das Haus hatte immer jemanden dieses Berufs geduldet, und der Verlauf der Zeit hatte diesen Mann an die Stelle gebracht. Sein Geburtsname war Cruncher, und als er in kindlicher Unschuld durch Stellvertreter in der ostwärts gelegenen Pfarrkirche von Houndsditch den Werken des Teufels entsagt hatte, hatte man diesem Namen noch den Taufnamen Jerry beigefügt.

Der Schauplatz war Mr Crunchers Privatwohnung in Hanging-Sword-alley, Whitefriar; die Zeit halb acht Uhr an einem windigen Maimorgen anno Domini 1780. (Mr. Cruncher nannte das Jahr unseres Herrn immer Anna Domino, offenbar in der Meinung, die christliche Zeitrechnung beginne von der Erfindung eines beliebten Spieles durch eine Dame, die ihm ihren Namen gegeben hatte.)

Mr. Crunchers Zimmer lagen in keiner saubern Nachbarschaft und waren nur zwei der Zahl nach, selbst wenn man eine Kammer mit einer einzigen Glasscheibe als eins zählte. Aber sie waren sehr reinlich gehalten. So früh es noch am windigen Maimorgen war, war doch das Zimmer, in dem er im Bett lag, ganz sauber gefegt; und der schwerfällige, hölzerne Tisch, auf dem die zum Frühstück geordneten Tassen standen, war mit einem sehr reinen, weißen Tuch überbreitet.

Mr. Cruncher ruhte unter einer Decke von bunten Musterflecken wie ein Harlekin im Schoße seiner Familie. Anfangs schlief er fest, aber allmählich fing er an, sich im Bette herumzuwälzen, bis er sich, das starre Haar so spitz in die Höhe stehend, als ob es die Bettlaken in lauter Streifen zerreißen müßte, langsam erhob. Als er das getan hatte, rief er im Tone äußerster Entrüstung aus:

„Verdammt will ich sein, wenn sie's nicht schon wieder tut!"

Eine Frau von ordentlichem und sauberm Aussehen stand mit Hast und Aufregung genug, um zu zeigen, daß sie die Gemeinte war, vom Knien in einer Ecke auf.

„Was!" sagte Mr. Cruncher und sah sich nach seinem Stiefel um. „Du tust es schon wieder. — Du?"

Nachdem er dem Morgen diesen zweiten Gruß geweiht hatte, warf er als dritten einen Stiefel nach der Frau. Es war ein sehr schmutziger Stiefel, der zugleich den Leser mit der merkwürdigen Tatsache aus Mr. Crunchers häuslicher Einrichtung bekanntmachen mag, daß er sehr oft nach dem Schluß des Kontors mit reinen Stiefeln nach Hause kam und doch, wenn er nächsten Morgen aufstand, dieselben Stiefel sehr schmutzig vorfand.

„Na!" sagte Mr Cruncher, nachdem er das Ziel verfehlt hatte — „was treibst du denn eigentlich, du Teufelskreatur?"

„Ich sagte mein Morgengebet her."

„Sagt ihr Morgengebet her. Du bist mir eine Schöne! Was willst du damit sagen, daß du dich hinwirfst und gegen mich betest?"

„Ich bete nicht gegen dich, ich bete für dich."

„Das ist nicht wahr. Und wenn es wahr wäre, so ließ ich es mir nicht gefallen. Sieh, Jerry! Deine Mutter ist eine schöne Kreatur, wirft sich auf die Knie hin und betet gegen deines Vaters Glück. Du hast eine gute Mutter, mein Sohn. Du hast eine fromme Mutter, mein Sohn, rutscht auf ihren Knien herum und betet, daß der liebe Gott dem eigenen, einzigen Kinde Brot und Butter aus dem Munde nehmen möge!"

Der kleine Cruncher, der noch im Hemd war, nahm dies sehr übel und verbat sich sehr ernstlich bei seiner Mutter, daß sie ihm etwas von seiner Leibesnahrung wegbete.

„Und was denkst du denn, du eingebildetes Geschöpf," sagte Mr. Cruncher mit unbewußter Inkonsequenz, „was deine Gebete wert sind? Sag' mir einmal, wie hoch du deine Gebete anschlägst!"

„Sie kommen nur aus dem Herzen, Jerry. Mehr sind sie nicht wert."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190225-15/fragment/page=0002

Der Generalstreik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Auf Grund des Beschlusses der Bergarbeiterkonferenz am Sonntag sind nach den bisher vorliegenden Meldungen die Bergarbeiter im Bezirk Halle, nach weiteren Meldungen im ganzen mitteldeutschen Bergrevier am Montag in den Ausstand getreten.

Nach den Berichten des Volksblattes hat sich ein Streik-Aktionskomitee gebildet, das sich zusammensetzt aus Vertretern des Bezirks-Bergarbeiterrates Merseburg, der Eisenbahner, der chemischen Industrie, der Ueberlandkraftwerke, des Metallarbeiterverbandes, des hallischen Arbeiterrates, des Soldatenrates. Außerdem besteht ein Delegiertenausschuß, der aus Vertretern der übrigen am Streik beteiligten Organisationen besteht. Das Bureau des Streikkomitees ist in Halle, Friedrichstraße 18.

Das Aktionskomitee ruft in einem Aufruf die gesamte Arbeiterschaft zum Generalstreik auf, damit, wie es in dem Aufruf heißt, die Bewegung zu einer kraftvollen Kundgebung für die wirtschaftliche Gleichberechtigung des schaffenden Volkes wird. Die Forderung und das Ziel des Streiks gipfelt in dem Satz des Aktionskomitees:

Demokratie in den Betrieben durch direkt und gemeinsam gewählte Betriebsräte der Angestellten und Arbeiter.

In Plakaten, die überall in der Stadt angeschlagen wurden, ruft der Aktionsausschuß alle Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen zum Generalstreik auf. In deren Aufruf heißt es u. a.: „Wir fordern unser Mitbestimmungsrecht durch die Betriebsräte als Vorbedingung für den Sozialismus. Die Anerkennung der A.- und S.-Räte muß gesichert werden. Die Arbeit ruht bis zur Anerkennung dieser Forderung durch Regierung und Unternehmer.

Es bleiben im Betrieb: Wasserwerk, Bäckereien, Schlachthof, Lebensmitteldepot werden bewacht. Jede Gewalttätigkeit hat zu unterbleiben. Ruhe und Ordnung sind gesichert.

•

Der Bezirks-Bergarbeiterrat erläßt eine Aufforderung an die Betriebsräte im Braunkohlenrevier, daß sie die vorhandenen Kohlenvorräte nur an die Lebensmittelindustrie abgeben dürfen.

•

Nach einem weiteren Bericht des Volksblattes hat sich der hallische Soldatenrat mit den Streikenden solidarisch erklärt. Er will vorläufig keine besonderen Sicherheitsmaßnahmen ergreifen und erwartet, daß die Streikenden sich ruhig verhalten werden. — In der Montag nachmittag stattgefundenen Soldatenkundgebung, gegen die Verhaftung Ferchlandts, die von der Artilleriekaserne ihren Ausgang nahm und an der sich unter Beteiligung von Militärkapellen alle Truppenteil der Garnison Halle beteiligten, machten das Vorstandsmitglied des S.-R. Haueld auch Mitteilung von dem Generalstreik und warnte entschieden vor irgend welchen Putschversuchen und tätlichen Ausschreitungen. Der Soldatenrat wird nach wie vor die Waffen bewachen, ebenso die Lebensmittel. Der Sicherheitsdienst wird in der gleichen Weise wie bisher durchgeführt.

•

W. T. B. verbreitet folgende Meldung zum Generalstreik:

Halle, 24. Februar. Die Versammlung der Eisenbahner des Eisenbahn-Direktionsbezirks Halle, die heute im „Volkspark“ tagte, hat den Generalstreik für Dienstag früh beschlossen. Die bezüglichen Mitteilungen gehen über Nacht an die einzelnen Bezirke. — Ferner beschlossen die gleichfalls im Volkshause tagenden Metallarbeiter der Halleschen Maschinenfabriken einstimmig ebenfalls den Generalstreik für Dienstag früh.

Der hiesige Arbeiterrat tagt heute nachmittag im Volkspark und beschäftigt sich mit der Generalstreikfrage. Auch die Gewerkschaftsvertreter sind zu dieser Sitzung eingeladen.

•

Weiter liegen noch folgende Meldungen zum Streik vor:

Das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Aktiengesellschaft (Esag) in Halle a. S. teilt mit, daß sich auch die Arbeiter der Kraftwerke dem Streik angeschlossen haben. Dadurch ist die Elektrizitätsversorgung der Elektrischen Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld sowie der Elektrischen Straßenbahn Halle-Merseburg vollständig unterbrochen. Wie wir hören, soll auch die Ueberlandzentrale Amsdorf bereits stillstehen.

•

Gegenstreik der Angestellten.

Die Vereinigung der Angestellten der mitteldeutschen Bergbaus haben einen Gegenstreik gegen die Arbeiter beschlossen. Sie wollen ihre Tätigkeit nicht früher wieder aufnehmen, bis die Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen und die bestehenden und zu erlassenden Gesetze anerkennen. Ferner fordern die Angestellten die Beseitigung des nach ihrer Ansicht ungesetzlichen Bezirks-Bergarbeiterrats.

•

Vorläufige Dienstanweisung für den Betriebsrat.

Nachfolgende vorläufige Dienstanweisung wurde auf der Bergarbeiterkonferenz noch beschlossen:

1. Der Betriebsrat ist die Vertretung aller Angestellten und Arbeiter des Werkes.
2. Der Betriebsrat kontrolliert den ganzen Betrieb und sorgt für einen möglichst hohen Stand des Betriebes zum Zwecke der Produktionssteigerung.
3. Der Betriebsrat kontrolliert die peinlichste Durchführung der bergpolizeilichen und gesundheitlichen Bestimmungen. Er ist bei Unfalluntersuchungen zuzuziehen.
4. Drei vom Betriebsrat bestimmten Personen, die mindestens 5 Jahre im Bergbau und mindestens 1 Jahr auf dem Werk tätig gewesen sind, ist auf Wunsch Einblick in alle betrieblichen, wirtschaftlichen und kaufmännischen Vorgänge des Werkes zu geben.
5. Bei Gehalts- und Lohnfragen haben sich Betriebsrat und Werksleitung im Rahmen der in den wirtschaftlichen Organisationen getroffenen Vereinbarungen zu verständigen und gemeinsam zu entscheiden.
6. Ueber Entlassung von Arbeitern und Angestellten werden zwischen den wirtschaftlichen Organisationen Grundsätze vereinbart. Erhebt ein entlassenes Belegschaftsmitglied wegen seiner Entlassung Beschwerde, entscheiden Werksleitung und Betriebsrat gemeinsam.
7. Der Betriebsrat erhält von der Werksleitung ein Zimmer zur Verfügung, in welchem der Betriebsrat jederzeit zusammenkommen kann. Zweckmäßig sind gemeinsame, in festen Abständen stattfindende Besprechungen des Betriebsrates mit der Werksleitung, in denen das Arbeiterprogramm des Werkes vorgetragen und die Tätigkeit der Mitglieder des Betriebsrates besprochen wird. Dabei ist auch eine Verständigung über die Freistellung von Berufsarbeit herbeizuführen.
8. Die Mitglieder des Betriebsrates erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Betriebsrat ihren vollen Lohn (bezw. Gehalt). Auch Sitzungen sind zu entschädigen.
9. Die Wahlperiode des Betriebsrates beträgt ein Jahr. Spricht jedoch in einer Belegschaftsversammlung die Mehrheit dem Betriebsrat oder einzelnen Mitgliedern ein Mißtrauensvotum aus, muß unverzüglich eine Neuwahl vorgenommen werden. Wiederwahl ist zulässig.
10. Streitigkeiten zwischen Werksleitung und Betriebsrat entscheidet der Bergrevierrat. Wird von einer Seite Berufung eingelegt, entscheidet der Bezirks-Bergarbeiterrat endgültig.

---

und mittleren Beamten, der städt. Arbeiter usw. gestellt habe, aber nur wenige seien es gewesen, die die Anträge unterstützt hätten. Es sei tatsächlich eine alte Schuld, die hier den städtischen Beamten und Angestellten gegenüber eingelöst werden sollte. Man müßte sich immer wieder wundern, daß es den unteren Beamten und Angestellten überhaupt möglich gewesen sei, mit den niedrigen Gehältern auszukommen. Er unterstützt den Antrag Hennig und bittet um Annahme derselben. Stv. Hoe betont, daß bei der Bemessung der Teuerungszulagen die Zulagen der Reichs- und Staatsbeamten bestimmend gewirkt hätten. Stv. Hennig erwidert ihm, daß die Staatsregierung für ihre Sünden ja gestraft sei, sie sei ja zusammengebrochen. Es sei das Gegenteil von sozial, wenn man dem kleinen Beamten kleine, dem besser gestellten, höheren Beamten höhere Teuerungszulagen gewährt habe. Nach längerer Debatte wurde der Teil des Antrages Hennig, der den Beamten bis 2100 M. Grundgehalt 120 M. monatliche Zulage bewilligt, angenommen. Magistratsmitglieder von der Erhöhung auszunehmen, wurde abgelehnt. Antrag Balke wurde abgelehnt. Angenommen wurde schließlich die Vorlage nach der Fassung des Haushalts-Ausschusses, mit dem Amendement Hennig, wonach den Beamten und Angestellten deren Grundgehalt (im Frieden) bis 2100 M. betrug, außer den bereits bewilligten Teuerungszuschlägen auf die Dauer von 7 Monaten eine monatliche Zulage von 120 M., allen anderen Beamten eine solche von 100 M. p. Monat, den weiblichen Hilfskräften eine solche von monatlich 50 M. gewährt wird, einstimmig angenommen.

6. Stv. Weschke berichtet über die Magistratsvorlage, wonach infolge der gesteigerten Preisverhältnisse eine Erhöhung der Gaspreise auf 29 Pfg. p. Kubikmeter für Leucht-, Koch- und Heizzwecke, auf 27 Pfg. p. Kubikmeter für gewerbliche Zwecke gefordert wird. Der Vorlage wird zugestimmt. Ein Antrag Finger, die Mindestabnehmer von der Erhöhung auszuschließen, fand keine Unterstützung.

7. Auch bei dem Wasserwerk liegen die Verhältnisse ebenso, wie bei den Gasanstalten, sodaß der Magistrat beantragt, die Wassergebühr von 18 auf 24 Pfg. p. Kubikmeter zu erhöhen. Stv. Zell berichtet und empfiehlt Annahme, die auch widerspruchslos erfolgt.

8. Stv. Manschewski berichtet über eine Magistratsvorlage, wonach weitere 6 Mill. M. zur Bestreitung der Kriegsausgaben bis Ende März d. J. gefordert werden. Bewilligt sind bisher 35 Mill. M., verausgabt 35 946 328,62 M., mithin ca. 95 000 M. Ueberschreitung. Bis März sind veranschlagte Ausgaben 5 356 000 Mark. Der Vorlage wird debattelos zugestimmt.

8a. Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, den Magistrat zu ermächtigen, die staatliche Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe der Stadt Halle in Höhe von 42 Mill. M. zu erwirken. Stv Manschewski berichtet und die Versammlung stimmt debattelos zu.

9. Für Instandsetzung und Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe sollen laufende Mittel des Rechnungsjahres 1918 bereitgestellt und die Ausgaben im Straßenbahnetat 1918 entsprechend erhöht werden. Stv. Ritter berichtet über die Vorlage, auf die wir noch näher eingehen werden. Die Vorlage wird genehmigt.

10—14 werden debattelos erledigt.

*

Politische Betätigung des Lehrers.

Für den 13. und 14. Februar hatte der Lehrerverband der Provinz Sachsen eine Vertreterversammlung nach Halle einberufen, um Stellung zu den neusten Schul- und Standesforderungen zu nehmen. 104 Vereine waren durch 251 stimmberechtigte Mitglieder vertreten. Uns interessiert besonders die äußerst zahlreich besuchte Vorversammlung vom 13. Februar, in welcher Herr Elger (Magdeburg) über „Die politische Betätigung des Lehrers“ sprach. Den Leitgedanken der klaren, knappen Ausführungen erfaßt wohl der Satz: „Mit der Demobilmachung des Heeres muß die Mobilmachung der Standesvereine beginnen!“

Ehedem — so führte der Redner aus — folgten die führenden Lehrerverbände, ohne nach rechts oder links zu schauen, lediglich dem Stern ihrer reinen Standesideale, erreichten gerade dadurch achtunggebietende klare, geistige Höhe, auf der sie heute stehen. Neue Zeiten heischen neue Wege. Ein bisher im Kampf um unsre Standeserhebung und unsre Ideale vernachlässigtes Mittel — die politische Betätigung des Lehrers — muß jetzt mehr zur Geltung kommen. Unbewußt trieben wir Lehrer zwar schon im alten Staate Politik. Einzelne Unterrichtsfächer, wie Geschichte und Religion, verlangten geradezu eine Stellungnahme des Lehrers; ohne Gefahr war sie allerdings nur im konservativen Sinne. Künstlich wurde so politischer Indifferentismus in die Lehrerschaft hineingetragen. In der neuen Staatsform ist die freie politische Betätigung des Beamten sichergestellt; politische Bildung, politisches Wissen — erworben durch Studium — müssen ihre Stützen sein. Den Vereinsorganisationen erwächst die Pflicht, politische Anregung, Aufklärung und Schulung zu vermitteln. Am Gedanken vom Völkerbund, an der Frage der Stellung der Beamten im neuen Staate weist der Vortragende die bittere Notwendigkeit politischer Schulung nach, zeigt, wie sich uns geradezu die Frage aufdrängt:

Sollen wir Lehrergewerkschaften gründen, die sich allgemeinen Beamtengewerkschaften einzugliedern haben? Zur unbedingten Annahme oder Ablehnung kann er sich nicht entscheiden, lehnt aber jede scharfe politische Stellungnahme der Lehrergewerkschaften ab, weil mit der Trennung der Lehrerverbände in rote, blaue, gelbe nur eine Ohnmachtsstellung des Standes, der Tiefstand des ganzen Lehrervereinslebens herbeigeführt werde. Als Lehrer haben wir Schulpolitik zu treiben und unser Programm auf der Grundlage der pädagogischen Wissenschaft unbeirrt durch parteipolitische Auffassungen, zu entwickeln. Das schließt nicht aus, daß der Lehrer der neuen Zeit heraustritt aus seiner Zurückhaltung gegenüber den politischen Vereinen. Er muß sogar ein sehr tätiges Mitglied werden, um für seine Standes- und Schulfragen Anhänger zu werben. Wir Lehrer wollen im neuen Volksstaat hinauswachsen über unsre Schularbeit zu Volkspädagogen, zu Führern in den organisierten Massen. —

Die äußerst frische, zum Teil dramatisch bewegte Besprechung der Ausführungen zeigte als wesentlich überraschendes Moment die Tatsache, daß es in der Lehrerschaft in politischer Beziehung zu tagen beginnt. Neben einigen liberal und konservativ organisierten Lehrern meldeten sich in der Mehrzahl Anhänger der alten Sozialdemokratischen Partei zum Worte, legten die Vorzüge dieser Partei, ihr klar umrissenes Programm, ihre die heutigen Schulforderungen der Lehrerschaft geradezu genial vorausschauender Art umfassenden Erziehungsziele dar. Nur im Anschluß an die große, konsequente Partei, die sich stets lehrer- und schulfreundlich gezeigt hat, ist der Lehrerschaft die Gewähr gegeben, restlose Erfüllung ihrer Standes- und Schulforderungen zu erreichen. Lehrer, werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Vereine!

(Fortsetzung des lokalen Teils in der Beilage.)

Aus dem Reiche.

Magdeburg. Demonstration der Arbeitslosen. Eine aus mehreren hundert Arbeitslosen bestehende Schar zog Freitag nachmittag vor das Rathaus und verlangte eine wöchentlich sechs Mark betragende Zulage zur Erwerbslosenunterstützung. Der Oberbürgermeister erklärte den Demonstranten, daß die Regierung darüber zu verfügen habe. Darauf zog die Menge zum Regierungsgebäude nach dem Domplatz, entwaffnete die ihr entgegentretende Bürgerwehr von sechs Mann und stürmte dann das Regierungsgebäude. Hier erzwangen die Demonstranten die Zusage der Behörde, daß den Arbeitslosen eine wöchentliche Sonderzulage von sechs Mark, und zwar mit rückwirkender Kraft vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit ab, gewährt werden soll. Der Sicherheitsdienst hat bei dieser Gelegenheit wieder einmal völlig versagt. Ueber eine Stunde lang konnten die Demonstranten ihr Wesen treiben.

Gewerkschaftliches.

Streik der Dresdner Brauereiangestellten.

Dresden. Die Angestellten in den Brauereien Dresdens sind in den Ausstand getreten, weil die Brauereien es ablehnen, über die eingereichten Forderungen mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zu verhandeln. Sie wollen nur mit den gelben, wirtschaftsfriedlichen Verbänden in Verhandlungen treten, obwohl 90 Prozent der Angestellten im Zentralverband organisiert sind.

Kunst und Wissenschaft.

Stadttheater.

Die guten Absichten der Theaterleitung, uns zum IV. Symphonie-Konzert mit zwei Solisten aufzuwarten, wurden durch abermalige Absage von Hertha Dehmlow vereitelt. Das Streikfieber scheint auch auf die bevorzugten Interpreten der Kunst übergreifen zu wollen! So mußte auch Professor Paul Graener, der musikalische Leiter des Konzerts, abermals auf die Aufführung seiner neuen Lieder verzichten. Den Höhepunkt des Interesses erreichte Edith von Voigtlander, welche ohne Zweifel bald zu den besten Geigenvirtuosinnen unserer Zeit zählen dürfte. Besonders in dem E-moll-Konzert von Mendelssohn offenbarte sie alle Vorzüge ihres seelenvollen Spiels. Aber auch im zweiten Teil, den die Künstlerin als Ersatz für die kontraktbrüchige Sängerin übernommen, gab sie in Regers Aria und Pugnani-Kreislers Präludium und Allegro sehr wertvolle Proben ihres reichen Talents. Der starke Beifall des Hauses veranlaßte sie noch zu einer Zugabe; am Blüthnerflügel begleitete Leo Schönbach mit lobenswerter Präzision.

Das Stadttheaterorchester arbeitete unter seinem genialen Führer Paul Graener wieder mit großer Hingabe. Die beiden Erstaufführungen Max Ettingers „Ouvertüre zu einer komischen Oper“ und Graeners „Waldmusik“ werden unsern Musikfreunden gewiß noch öfter in Konzertprogrammen begegnen. Erstere ist ein liebenswürdiges Werkchen, das in seiner schlichtdeutschen Melodie ohne die abstrakten Instrumentationsmätzchen der Modernen sehr behaglich wirkte. Graeners „Waldmusik“ zeigt ein Gemisch von Schwermut und Romantik. Die Erfindung der Melodie ist weniger orginell, aber von unverkennbarem Schönheitssinn belebt. Der Komponist fand in der sauberen Wiedergabe die denkbar beste Unterstützung. Als Schlußnummer des kurzen Programms hörten wir noch Richard Wagners herrliches Vorspiel zu den Meistersingern von Nürnberg. Graener bevorzugte hierin etwas zu ausgiebig die breiten Zeitmaße Felix Mottls. Die ganze Oper würde unter Graeners Leitung mindestens sechs Stunden in Anspruch nehmen. Der Zwischensatz, der den Meinungsstreit der Meister über Stolzings Preislied illustriert ebenso das Beckmessermotiv geriet in der langsamen Phrasierung zu farblos. Daher kam es auch, daß die Wirkung des unvergleichlichen Tonstücks nicht völlig erschöpft wurde. Der Gesamteindruck des Konzertabends war gut und erfreulich, aber das Großzügige war zu vermissen, und das wäre durch eine einzige Symphonie Beethovens zu erreichen gewesen. Wh.

Letzte Nachrichten.

Das Attentat auf Auer schon lange vorher geplant?

Berlin, 25. Febr. Der „Vorwärts“ zieht aus seinen Nachrichten aus München das Fazit und sagt: Man erhält das Bild eines außerordentlich fein organisierten und wohlvorbereiteten Mordanschlages auf das Leben der mehrheitssozialistischen Führer mit dem gleichzeitigen Ziele, den Landtag auseinander zu sprengen. Der Plan zur Auseinandersprengung war schon lange vor dem Attentat auf Eisner gefaßt und vorbereitet worden. Der revolutionäre Arbeiterrat hat das Verbrechen längst ins Auge gefaßt und sein Zusammentreffen mit dem Attentat auf Eisner ist nur ein zufällig zeitliches. Es ist das erste Mal in der deutschen Geschichte, daß ein scheußlicher Mord an Sozialisten von Sozialisten beschlossen und ausgeführt wurde. Diese unauslöschliche Schmach bleibt auf den Führern der bayerischen Spartakisten haften.

Das Ende des Generalstreikes im Westen.

Essen, 24. Febr. Heute früh ist im ganzen Industriegebiet die Arbeit wieder im allgemeinen aufgenommen worden. Bei einigen Zechen der Gute-Hoffnung-Hütte sind die Bergleute heute früh noch nicht angefahren. Dies ist wohl nur darauf zurückzuführen, daß die Angst vor dem kommunistischen Terror die Gemüter beherrscht. Morgen dürfte auf sämtlichen Zechen wieder im vollen Umfange gearbeitet werden, zumal die Regierungstruppen bereits von Bottrop weiter vorgehen und beginnen, das dortige Gebiet von den Spartakisten zu säubern.

Friedensschluß im April?

Die Meldungen der feindlichen Presse, nach denen die Unterzeichnung des Friedens vor dem 1. Mai zu erwarten ist, werden, wie das „B. T.“ schreibt, in Berliner unterrichteten Kreisen für zutreffend gehalten. Irgendeine amtliche Eröffnung von feindlicher Seite über diese Frage liegt hier allerdings nicht vor. Alles deutet indessen darauf hin, daß die feindlichen Regierungen den Zusammenhang zwischen dem Wachsen der bolschewistischen Gefahr und dem Hinausschieben der Friedensunterzeichnung endlich eingesehen haben. Man glaubt in Paris nicht, daß der Friedensschluß durch die Verwundung Clemenceaus verzögert wird, sondern hält es im Gegenteil für möglich, daß der Anschlag gegen den französischen Ministerpräsidenten die Unterzeichnung des Friedens noch beschleunigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190225-15/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater
Täglich 7,10 Uhr.
„Die Faschingsfee."
Optte. v. Emerich Kalman.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Mittwoch, d. 26. Febr. 1919
Anfang 7. Ende 10 Uhr:
Der G'wissenswurm
Bauernkomödie
von Anzengruber
Donnerstag:
Der fliegende Holländer

Karbid-Lampen
Karbid (markenfrei)
Otto Sparmann,
neben Walhalla. 1180

Stellen finden

Ordentliche
Zeitungs-Trägerinnen
werden gesucht.
Verlag der Volksstimme.
Gr. Ulrichstraße 27.

Eine grosse Sünde!

ist es,

wenn Sie sich noch nicht die erstklassigen Darbietungen der berühmten
Schulreiterin
Frl. Helene Fischer
mit ihrem Dressurpferd
Erbherr Markgraf II
und des
Stallmeisters
Herrn Oskar Weinstein
mit seinem Vollblutwallach
„Dardanell"
im 1132
Hippodrom
Wintergarten
angesehen haben.

Lernt fremde Sprachen!

Eine gebieterische Forderung, die am Ende des Weltkrieges an alle Deutsche gestellt wird.

Glänzende Aussichten werden sich den Sprachkundigen eröffnen, sobald nach Friedensschluß der Wettbewerb der Völker wieder eingesetzt haben wird. Damit wir im friedlichen Kampf um den Vorrang im Welthandel noch besser wie bisher gerüstet sind, sollte jeder Vorwärtsstrebende mindestens eine fremde Sprache beherrschen. — Hierzu verhelfen am besten die weltberühmten Unterrichtsbriefe nach der Methode Toussaint-Langenscheidt. Nach dieser in vielen Jahrzehnten erprobten und verbesserten Methode kann jeder ohne Vorkenntnisse leicht und bequem Französisch, Englisch, Italienisch, Russisch, Polnisch, Ungarisch, Rumänisch, Spanisch, Portugiesisch, Schwedisch usw. erlernen. — Verlangen Sie noch heute kostenlos die Einführung Nr. 59 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache von der

Langenscheidt

schen Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) in Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 5 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 20 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 15 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek**. Ca 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei / Sonntagszeitung / Deutsche Modenzeitung

Generalkommando V. Armeekorps.
Abschrift.

K. H. Qu., den 10. 2. 1919.

Abt. Ia/Ic Nr. 10464/19.

Betrifft: Regelung der Kontrolle des Reiseverkehrs aus dem und in das von den Polen besetzte Gebiet.

1. Zur Überwachung des Reiseverkehrs nach und von den von den Polen besetzten Gebieten sind im Bereich des Generalkommandos V. A. K. militärischen Überwachungsstellen von der Zentralpolizeistelle Osten (Hauptmann Priwe) Frankfurt a/O. im Benehmen mit den Divisionen einzurichten:

in Steinau, Glogau, Neusalz } 10. J. D.
Rothenburg (nördl. Grünberg), Reppen } 5. J. D.

Die nächsten Überwachungsstellen befinden sich:
im Bereich des Generalkommandos VI. A. K. in Militsch,
" " " " II. " " " Kreuz.

2. Die Überwachungsstellen werden der Zentralpolizeistelle Osten disziplinarisch und wirtschaftlich unterstellt. Die Leiter stellt Zentralpolizeistelle Osten, daß benötigte Unterpersonal stellen die Divisionen gemäß Anforderungen der Z. P. St. Es sind nach Möglichkeit ältere, durchaus zuverlässige Leute zu wählen (ehemalige aktive Unteroffiziere).

3. Die im Überwachungsdienst tätigen Wachmannschaften pp. erhalten die für die im Grenzschutz befindlichen Mannschaften zuständigen Gebührnisse und Verpflegung.

Das Nähere regelt die Zentralpolizeistelle im unmittelbaren Einvernehmen mit den Divisionen.

4. Aufgaben der Überwachungsstellen:
a) Verhinderung der Ausreise von Personen aus Deutschland in das von den Aufständischen besetzte Gebiet.
b) Verhinderung der Einreise von Polen oder polnisch-deutschen Reisenden in das Gebiet des V. A. K.
c) Verhinderung der Ausfuhr von Munition, Waffen, Ausrüstung usw.
d) Kontrolle der an die Front gehenden und von der Front kommenden Militärpersonen.

5. Behandlung der Ausreisenden:
a) Militärpersonen, die nicht in geschlossenen Transporten ankommen und für den Grenzschutz bestimmt sind, benötigen eines von einer militärischen Dienststelle unterschriebenen, mit Dienststempel versehenen Ausweises. In zweifelsfreien Fällen kann ein entsprechender Ausweis auch von der Überwachungsstelle nachträglich ausgestellt werden.
b) Entlassene Militärpersonen deutscher Nationalität. Soweit die Reiseziele in dem Gebiet, das im Osten von der Front, im Westen von der rückwärtigen Sperrlinie (s. Z. 1) begrenzt ist, liegen, ist die Einreise zu gestatten. Liegt das Reiseziel jenseits der deutschen Heimatschutzlinie, so ist eine Weiterreise verboten. In diesem Falle haben die Militärpersonen, soweit sie sich nicht für den Grenzschutz zur Verfügung stellen, den Überwachungsstellen nach eigenem Wunsch einen Ort im Innern Deutschlands anzugeben, in den sie zurückreisen wollen.
Sie sind von den Überwachungsstellen unter Ausstellung eines Militärfahrscheines entsprechend in Marsch zu setzen.
c) Entlassene Militärpersonen polnischer Nationalität ist das Überschreiten der Linie Steinau—Glogau—Neusalz—Rothenburg—Reppen verboten. Falls sie unverdächtig sind, steht einer Rückreise nach einem anderen Ort Deutschlands nichts im Wege. Ausstellung von Militärfahrscheinen ist gestattet.
d) Unverdächtige Zivilpersonen deutscher Nationalität sind wie Militärpersonen unter 5 b) zu behandeln, nur hat die Rückreise auf eigene Kosten zu erfolgen.
e) Unverdächtige Zivilpersonen polnischer Nationalität vergl. 5 c). Rückreise jedoch auf eigene Kosten.
f) Alle Personen, bei denen nach dem Ermessen der Leiter der Überwachungsstellen der Verdacht vorliegt, daß sie aus Spionage — oder sonstigen unlauteren Gründen die Ausreise erstreben, sind festzuhalten und in geschlossenen Transporten dem Gefangenenlager Sagan (für Bereich der 10. J. D.) oder Havelberg (für Bereich der 5. J. D.) zu überweisen.
g) Ebenso sind den Gefangenenlagern zu überweisen Leute, die an und für sich unverdächtig sind, die jedoch die Rückreise aus irgend einem Grunde verweigern.

6. Die den Gefangenenlagern Überwiesenen sind lediglich als in Schutzhaft befindlich anzusehen; dementsprechend unterzubringen und zu behandeln. Hinsichtlich der Verpflegung sind die der deutschen Zivilbevölkerung gleichzustellen.

Beschränkungen hinsichtlich der Unterbringung sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

Ausnahmen Kriegsgefangene, die nach den bisher für Kriegsgefangene gültigen Bestimmungen zu behandeln sind, und Leute, denen Spionage oder Landesverrat nachgewiesen werden kann. Diese Letzteren sind der zuständigen Zivilbehörde zur Aburteilung zuzuführen.

7. Behandlung der einreisenden Polen und Polnisch-Deutschen: Eine Einreise hat nicht mehr stattzufinden, außer, wenn die besondere Genehmigung des Generalkommandos oder der Divisionen einwandfrei nachgewiesen werden kann. Pässe, die vom Obersten polnischen Volksrat ausgestellt sind, haben keine Gültigkeit. Die Einreisenden sind zurückzuweisen, sofern sie nicht als verdächtig festgenommen werden müssen.

8. Die Überwachungsstellen haben den Gefangenenlagern die Zahl der einzuliefernden Schutzhäftlinge rechtzeitig telegraphisch vorzumelden. In den Gefangenenlagern sind alsbald Listen aufzustellen mit Namen, Heimatsort der Schutzhäftlinge, Grund und Ort der Festnahme.

9. Die Gefangenenlager reichen entsprechende Listen der Zugänge dem Generalkommando V. A. K. zu jedem Montag ein.

10. Die an 10. J. D. und 5. J. D. unter Generalkommando Ib Nr. 381/19 vom 9. 1. 19 ergangene Verfügung betreffend Verhinderung der Einreise wird hierdurch nicht berührt.

Zentral-Soldatenrat V. A. K.
gez. Chaim.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
gez. v. Westhoven,
Major.

Für die Richtigkeit
gez. Gotzmann,
Hauptmann.

An sämtliche (stellv.) Generalkommandos pp.

Generalkommando IV. Armeekorps.

Magdeburg, den 18. 2. 1919.

Abt. Ib Nr. 583.

Vorstehende Abschrift zur Kenntnisnahme und Weiterbekanntgabe.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Zentral-Soldatenrat IV. A. K.
J. A.
Lötsch.

Generalkommando IV. Armeekorps.
Nachr.-Ref. Nr. 146/19.

Kameraden von der Nachrichtentruppe!

Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften!

Der Ruf „Freiwillige vor!" ist Euch nichts Neues. Hat doch von jeher vor wie im Kriege die Nachrichtentruppe zum sehr großen Teil aus Freiwilligen bestanden.

An Euch, die Ihr zum Schutze des Vaterlandes gegen Kriegsgefahr eintratet in die Reihen der Fernsprecher, Funker, Blinker, Briefaufbewärter und Meldehundeführer wird deshalb auch jetzt der Ruf nicht umsonst ergehen:

„Tretet ein in die Freiwilligen-Verbände der Nachrichtentruppe!"

Ihr wißt, wie notwendig Eure Tätigkeit war, im Kriege den anderen Waffen zu helfen. Ihr wißt, wie Euch die höhere Führung braucht in Kampf und Gefahr, in Ruhe und Marsch. Jetzt braucht Euch das Vaterland wieder. Auf jeden einzelnen kommt es an. Es gilt einzutreten für den Schutz der Ostgrenzen und für die Sicherheit der Regierung im Vaterlande.

Auch ehemalige Angehörige anderer Waffen, die im Felde im Truppennachrichtendienst oder als Fahrer Verwendung fanden oder sich durch ihren Beruf (Elektrotechniker, Mechaniker usw.) besonders eignen, werden aufgerufen, sich der Nachrichtentruppe zur Verfügung zu stellen.

Meldet Euch sofort beim nächsten Garnison- oder Bezirkskommando. Ihr werdet dann unter größtmöglicher Berücksichtigung Eurer Wünsche den einzelnen Freiwilligen-Verbänden zugeteilt.

Bedingungen: Mobile Löhnung, 5 M. Tageszulage, freie Unterbringung, Verpflegung und Ausrüstung, Treueprämie von monatlich 30—50 M. bei Verwendung außerhalb des Reichs, kurzfristige Kündigung, Unterordnung unter die Kriegsgesetze, Vertretung durch Vertrauensräte. Entlassungsanzug, der vergütet wird, möglichst mitbringen. 2329

Magdeburg, den 20. 2. 1919.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des General-Stabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Zentral-Soldatenrat IV. A. K.
Unterschriften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190225-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 47. **Halle, Dienstag, den 25. Februar 1919.** **3. Jahrgang.**

Beamte und Stadtverordnetenwahl.

Von Stadtverordnetenkandidat Werner Grauenhorst, Magistratsbeamter.

Wenn man die politischen Versammlungen vor den Wahlen zur Nationalversammlung besuchte, so wurde den Beamten wohl von Seiten fast aller bürgerlichen Parteien das Erfurter Programm als Popanz an die Wand gemalt, um auf diese Weise Stimmen einfangen zu können. Daß aber die Beamtenschaft ihre eigentliche Freiheit in erster Linie der Sozialdemokratie zu verdanken hat, vergaß man zu erwähnen. Die bürgerlichen Parteien spielten sich in einer Weise auf, als ob nur sie der Beamtenschaft Heil und Segen bringen könnten. Wissentlich verschwiegen sie es, daß das Koalitionsrecht den Beamten bisher vorenthalten war, daß den Kommunalbeamten das passive Wahlrecht erst nach der Revolution zugestanden wurde und daß die Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts erst jetzt möglich sein dürfte.

In ähnlicher Weise will man anscheinend auch vor den Stadtverordnetenwahlen mit der Beamtenschaft liebäugeln, um sie möglichst restlos in das bürgerliche Lager hinüberzuziehen. Man vergißt aber dabei, daß auch bei den Beamten, trotz der großen Entbehrungen, noch keine Gedächtnisschwäche eingetreten ist. Wir städtischen Beamten erinnern uns z. B. noch sehr gut der Vorgänge, die sich bei früheren Gehaltsreformen abspielten. Es wurden hauptsächlich von den bürgerlichen, sogenannten liberalen Stadtverordneten Exempel gemacht, die geradezu lächerlich wirkten. Wenn es da z. B. sich herausstellte, daß durch eine geplante Gehaltsaufbesserung etwa 2 Proz. Gemeindesteueraufschlag erforderlich waren, so glaubten diese sonderbaren Stadtväter die Existenz der gesamten Bürgerschaft bedroht und ließen Hunderte von Beamten mit ihren jämmerlichen Gehältern lieber darben, als daß sie ihnen eine wirklich ausreichende Zulage zukommen ließen. Es wird sich so mancher Beamte der Vorgänge erinnern, die sich bei der 1909 wiederum einsetzenden Gehaltsreform abspielten. Als damals in der Stadtverordnetenversammlung über eine Gehaltsvorlage beraten wurde, konnte man wiederum von vielen bürgerlichen Stadtverordneten liberaler Richtung stürmische Worte der Entrüstung hören.

Wenngleich wir Kommunalbeamte uns gegenüber den Staats- und Reichsbeamten pekuniär bedeutend ungünstiger standen, so wurde von 1909 bis 1913 stets nur eine tropfenweise Gehaltsaufbesserung vorgenommen, weil eben in erster Linie den bereits erwähnten Stadtverordneten meist liberaler Richtung das Verständnis für unsere bedrängte Lage fehlte. Ganz besonders stiefmütterlich behandelte man aber den unteren Beamten, dem sowieso jede Möglichkeit des Aufrückens in besser besoldete Stellen genommen ist. Diese Minderbesoldeten erhielten bei diesem Meisterstück der Gehaltsreform im Anfangsgehalt 3,7 bis 16,6 Proz. und im Endgehalt 10,52 Proz., während den besser besoldeten Beamten im Anfangs- und Endgehalt 16,6 Prozent Aufbesserung zugebilligt wurden. Eine wunderbare Logik!

Aehnlich dürften auch die Verhältnisse bei den unteren Reichs- und Staatsbeamten liegen.

Es liegt uns fern, nur aus Gründen rein materieller Art Sozialdemokraten zu sein, denn das persönliche Interesse muß gegenüber dem Interesse der Allgemeinheit ganz entschieden zurücktreten.

Zur Sozialdemokratie bekennt sich aber ein großer Teil der Beamtenschaft, weil dem schaffenden Volke fast ausschließlich nur von dieser Richtung wirklich Ersprießliches winkt.

Beamte! Laßt Euch nicht irreführen und wählt die Liste der alten sozialdemokratischen Partei, die mit dem Namen Kleeis beginnt.

Lokales und Provinzielles.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Halle, 25. Februar 1919.

Frauenversammlung.

Die Schwester Lydia Ruehland, Dürrenberg, spricht am Dienstag, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in den Trothaer Ballsälen (Inh. Germo), Trothaer Str., über das Thema: Die Aufgaben der Frau in der Stadtverordnetenversammlung. Da die Schwester Ruehland als gute Rednerin bekannt ist, so darf bei der Wichtigkeit des Vortrages keine Frau in diesen Versammlungen fehlen.

Eine öffentliche Frauenversammlung hatte die alte sozialdemokratische Partei nach dem Germaniasaal einberufen, in der Gen. Schwester Rühland-Dürrenberg das Thema: „Die Aufgaben der Frau in der Stadtverordneten-Versammlung" eingehenden Betrachtungen unterzog. In klaren, verständlichen Ausführungen unterzog sie die bisherigen Leistungen der Stadt- und Gemeindeparlamente einer treffenden Kritik und wies in schlagfertiger Weise auf die Aufgaben der Frau in Stadt- und Gemeindeverwaltungen hin. Sie unterzog die Taten aller Parteien, die jetzt in den Wahlkampf treten, einer gerechten Kritik und wies nach, daß für die weitaus größte Masse der Wählerschaft nur die Liste der sozialdemokratischen Partei in Frage kommt. Sie forderte die Versammelten auf, für die Liste Kleeis zu stimmen, in der auch die Frau, sowohl die werktätige wie auch die Hausfrau, ihre Würdigung und Vertretung finde. In der Aussprache stellte eine Rednerin die Behauptung auf, daß ein städtisches Krankenhaus in Halle überflüssig sei, da ja die Univers.-Kliniken das Fehlen eines solchen völlig ausglichen. Von den nächsten Rednern wurde sie aber eines anderen belehrt und es wurde unter der lebhaften Zustimmung der Versammlung festgestellt, daß die Behandlung der Kranken in den klinischen Anstalten der Universität viel zu wünschen übrig lasse.

Zum Schluß erklärte der Versammlungsleiter Gen. Pikard den Standpunkt der alten Partei bezüglich der jetzt alle Gemüter beherrschenden Fragen. Der Name Sozialdemokratie bedeute gleichberechtigte Anteilnahme des gesamten Volkes an der Regierung. Die A.- und S.-Räte seien für die Uebergangszeit erforderlich gewesen und hätten sehr Gutes und Nützliches geleistet. Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung hätten sie aber aufgehört, eine politische Rolle zu spielen. Ihr Wirken sei nunmehr nur noch auf wirtschaftlichem Gebiete berechtigt. Nachdem wir eine auf dem freien Volkswillen gestützte Regierung hätten, sei es ein Unding, daß die A.- u. S.-Räte sich noch als Kontrolleure der Behörden und als vollziehende Organe der öffentlichen Gewalt gebärden wollten. Die alte Partei hätte die weitaus größten Wählermassen hinter sich und man sei fest entschlossen für Ruhe und Ordnung im Staate zu sorgen und das schwer darniedergedrückte Volk nicht noch elender machen zu lassen. Genau so sei die Partei aber auch fest entschlossen, bei einem Versuche das alte Regiment wieder aufzurichten, Schulter an Schulter mit der unabhängigen Partei einem solchen Unterfangen mit allen Mitteln entgegen zu treten und die Errungenschaften der Revolution zu schützen. Mit der Aufforderung, sich der alten sozialdemokratischen Partei anzuschließen und auf deren hiesiges Parteiorgan, die „Volksstimme" zu abonnieren, schloß er die Versammmlung. #

*** Die Bühnenangehörigen und die Verstadtlichung des Theaters.** In ihrer letzten Sitzung im Nikolaus beschlossen die Bühnenangehörigen des Stadttheaters (Solo-, Chor- und Orchesterpersonal) nach Berichterstattung und Kenntnisnahme des Resultates der Theatervorlage durch Obmann Teuscher, einstimmig folgende Resolution: „Nachdem die Bühnenangehörigen des Stadttheaters von den Beschlüssen des Magistrats und der Stadtverordnetensitzung betr. der ganzjährigen Spielzeit Kenntnis genommen haben, erwarten sie, daß die Vorarbeiten zur Uebernahme des Stadttheaters in städtische Regie schnellstens erledigt werden, damit die allseitig anerkannte Hauptforderung der ganzjährigen Spielzeit durch die Tat praktisch wird. Zur Wahrung ihrer Interessen wünschen sie, daß ihr Vertrauensmann Teuscher zu den Vorarbeiten herangezogen wird." Ortsgruppen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangeh. Halle, des Wirtsch. Verbandes vortr. Künstler, des D. Chorsänger- u. Balletverbandes, des Allg. D. Musiker-Verbandes.

Eine Versammlung der in der Landwirtschaftskammer und mit dieser im Zusammenhang stehenden Unternehmungen beschäftigten Personen fand auf Einladung des Verbandes der Bureauangestellten am Sonnabend in Wilsdorfs Konzerthaus statt. Zu Beginn gab es einige sonst ungewohnte Szenen: Aus der Versammlung wurde „Bureauwahl" und Entfernung aller Personen, die nicht in den genannten Betrieben beschäftigt sind, verlangt. Auch sollten verschiedene „Erklärungen" abgegeben werden. Wie sich später herausstellte, lag den Vorgängen die irrtümliche Annahme zugrunde, die Versammlung sei von dem, wie es hieß, unabhängigen Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufen worden. Hierauf hielt Arbeitersekretär Kleeis einen Vortrag über berufliche und wirtschaftliche Angelegenheiten der Bureauangestellten. Insbesondere legte er dar, daß diese infolge ihrer Schüchternheit in ihrer Lebenshaltung recht zurückgeblieben seien. Nachdem ihnen jetzt vollste politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit geschafft worden sei, müßten sie von diesen Möglichkeiten auch Gebrauch machen. Die Aussprache nach dem Vortrag war sehr lebhaft. Von den Vertretern einiger Betriebszweige der Landwirtschaftskammer wurden „Erklärungen" verlesen, wonach sie sich jede „Einmischung von Fremden" in ihre Angelegenheiten verbitten. Der Genosse Kleeis verlas ein ihm in die Hände gekommenes Rundschreiben der Zentralankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen an ihre Beamten, in dem diese erwartet, daß „unsere Beamten an der sozialdemokratischen Versammlung sich nicht beteiligen". Von anderer Seite wurden die niedrigen Gehälter beleuchtet, die namentlich die Hilfsarbeiter und unteren Angestellten erhalten. Mit kräftigen Worten wies Genosse Döltz auf die nicht erhebenden Vorgänge hin, die von der Versammlung zutage gefördert worden sind. Sie zeigten die ganze bisherige Unterwürfigkeit der Beamten und Angestellten. In seinem Schlußwort forderte Kleeis die immerhin gut besuchte Versammlung zum Beitritt in den Verband der Bureauangestellten auf. — Die Veranstaltung war der erste, nicht ganz vergebliche Versuch, auch die hier in Frage kommenden Kreise für den Gedanken der freigewerkschaftlichen Organisation zu gewinnen.

Verwertung freiwerdender Heeresgüter. Das Reichsverwertungsamt, dem die Bewirtschaftung der freiwerdenden Heeres- und Marinegüter ausschließlich obliegt, hat in Halle eine Zweigstelle errichtet. Alle Anfragen aus dem hiesigen Bezirk bezüglich des Erwerbs von Heeresgütern sind daher allein an nachstehende Adresse zu richten: Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Halle a. S., Kurallee 11. Fernspr. 4770.

*** Keine Behebung der Ziegelnot.** Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat den Verwaltungsbehörden im Hinblick auf die bestehende Ziegelnot die Förderung des Verbrauchs von Ersatzstoffen nahegelegt. Es kann nach Lage der Verhältnisse nicht damit gerechnet werden, daß die Ziegelnot in absehbarer Zeit wird behoben werden können. Die Aussichten hierfür sind jetzt, nachdem die Kohlennot und die Verkehrsschwierigkeiten durch die Abgabe der Eisenbahnwagen gesteigert sind, noch schlechter geworden. In absehbarer Zeit ist überhaupt nicht mit einer auch nur einigermaßen befriedigenden Lösung der Ziegelfrage zu rechnen. Die Herstellung von Wohnhäusern aus Ersatzstoffen (Zement mit Beimischungen, Lehm, Holz usw.) ist anerkanntermaßen unerwünscht und unwirtschaftlich. Wollte man aber mit dem Bau von Wohnungen so lange warten, bis genügend Ziegel für sie vorhanden sind, so hieße das in vielen Fällen den Bau von Wohnungen bis zu einem ungewissen Zeitpunkt vertagen. Es soll deshalb die Verwendung von Ersatzstoffen für Ziegel durch die neuen Bezirkswohnungskommissare gefördert werden. Ganz besonders gilt dies für ländliche Bauten. Für diese kommen namentlich die verschiedenen Lehmbauweisen als Ersatz in Frage.

*** Gefunden und verloren.** In der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1919 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: 3 Geldtäschchen m. Inh., 2 Handtaschen m. Inh., 1 Federtasche, 1 Damenuhr gez. F. S., 1 gold. Ring mit Steinen, 1 evang. Gesangbuch, 1 Herrenhut, 1 Lagerdeckel von einer Maschine, 1 gestr. Handschuh, 1 Kiste m. Inh., 1 Damenschnürstiefel, 1 Paket m. Wäschestücken, mehrere Schlüssel. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet: 1 Brieftasche mit Inhalt, 2 schwarze Geldtäschchen m. Inh., 1 gold. Brosche m. schw. Platte, 1 schw. Handtasche m. Inh., 1 Ledergeldtäschchen m. Inh., 1 Brieftasche m. Inh., 1 silb. Uhr m. Kette, 1 Saffiangeldtäschchen m. Inh., 1 schw. Wachstuchtasche m. Inh., 1 blaue Brosche, 1 Paket m. 3 Meter Seidenstoff, 1 Hemdhose, 1 Kragen, 1 silb. Medaillon m. Mosaikeinlage, 1 Brieftasche m. Inh., 2 Geldtäschchen m. Inh., 1 schw. Schal m. weißen Streifen, 1 schwarzer Pudel, 1 Pelzkragen, 1 rechter Damenschlittschuh, 1 br. Ledergeldtäschchen m. Inh., 1 geknüpfte Handtasche m. Geldtäschchen m. Inh., 1 Stahluhr m. Kette, 1 schw. Ledertasche m. Inh., 1 silb. Damenuhr m. eingrav. Namen, 5 Geldbörsen m. Inh., 1 Krone am Anhänger zu tragen, 1 kl. br. Geldtäschchen m. Inh., 1 Brieftasche m. Inh., 1 goldener Ring, 1 Nerzmuff, 1 schw. Geldtäschchen m. Inh., 1 goldene Damenuhr, 1 Schlüssel, 1 gold. Armbanduhr mit gold. Zifferblatt, 1 grünes Portemonnaie m. Inh., 1 schw. Ledertasche m. Inh., 1 braune Handtasche m. Inh., 1 gold. Klemmer im Futteral. Die unbekannten Eigentümer der gefundenen Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

*** Osteraufnahme an den hiesigen städtischen höheren Lehranstalten.** Aufnahmen in die 3. Klassen der Vorschule des Stadtgymnasiums sowie in die 10. Klassen des städt. Lyzeums erfolgen nicht mehr. Sämtliche Kinder, die Ostern 1919 schulpflichtig werden (d. i. diejenigen, welche bis zum 30. Juni 1919 sechs Jahre alt werden), sind in den Volksschulen anzumelden, soweit sie nicht Privatschulen besuchen sollen. Die Schüleraufnahme in den Volksschulen findet Mittwoch, den 26. 2. 19 statt.

*** Frohe Stunden in ernster Zeit** sind nötig, um die ernste Zeit überstehen zu können. Deshalb sollte niemand versäumen, den Frohen Abend der Mitglieder des Berliner Palast-Theaters Adalbert Lieban und Käthe Mann am Dienstag ½8 Uhr in den Thaliasälen zu besuchen. Außer heiteren Vortragssachen stehen Duette aus Mikado, Schwarzwaldmädel und Polnische Wirtschaft auf dem Programm. Zum Schluß kommt die einaktige Operette von Offenbach: Fritzchen und Lieschen zur Aufführung. Karten sind noch bei H. Hothan zu haben.

Stadttheater. Heute wird Verdis Oper „Aida" mit Dr. Josef Ramse als Radames wiederholt. Mittwoch Erstaufführung von Anzengrubers Bauernkomödie „Der G'wissenswurm". In der für Donnerstag angesetzten Wiederholung von „Der fliegende Holländer" wirken mit die Damen Touchy, Eichenberg, und die Herren Kerzmann, Ramse, Roesler, Ernesti. Freitag „Nur ein Traum". Sonnabend „Lohengrin". Sonntag nachm. Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Die spanische Fliege", Sonntag abend 7 Uhr zum ersten Male in neuer Einstudierung „Der Barbier von Sevilla".

Landrat und Landwirte zur Butterverteilung an die Selbstversorger.

Der Arbeiter- und Bauernrat des Saalkreises schreibt uns dazu folgendes: Mit Recht herrscht in den meisten Gemeinden des Saalkreises eine starke Erbitterung über die an und für sich schon so knappe zur Verteilung kommende Buttermenge. Z. B. die Versorgungsberechtigten der Gemeinde Schönnewitz bei Halle haben in den letzten 6 Wochen fast nur Margarine, die Landwirte (Selbstverbraucher) dagegen immer die doppelte Menge gute Inlandsbutter erhalten. Ein Appell an diese Durchhalter, sich ebenfalls mit den den Versorgungsberechtigten zustehenden Mengen zu begnügen, um so das jedem einzelnen zustehende Quantum etwas zu erhöhen, würde auch trotz des Hinweises auf die gefüllten Räucherkammern, also auf die Genüsse, die dem Proletarier jetzt schlechtweg unbekannte Begriffe sind, ohne jeden Erfolg sein.

Zur Charakteristik diene weiter, daß große und größte Rittergüter im Saalkreis überhaupt kein bezw. so gut wie kein Milchvieh halten; das Rittergut Lochau, 1150 Morgen groß, das von der A.-G. Zuckerfabrik Körbisdorf bewirtschaftet wird, hält in seinen Stallungen zur Zeit eine ganze Milchkuh. Diese A.-G. vertritt den Standpunkt, daß sie in allererster Linie für den Profit der Herren Aktionäre, also derjenigen, die ohne weiteres in der Lage sind, Butter zu Wucherpreisen im Schleichhandel zu erwerben, zu sorgen habe, im übrigen habe sie keine Mittel, Milchkühe in größerer Zahl zur Milderung der Milch- und Fettnot für die Bevölkerung kaufen zu können.

Ein weiteres Beispiel: Die Bruckdorfer Selbstversorger beschwerten sich durch Herrn Nilius, daß den Landwirten nicht zugemutet werden könne, sie sollten die teure Auslandsbutter kaufen, er wäre vielmehr der Ansicht, diese teure Auslandsbutter sei für die übrige nichtselbstversorgungsberechtigte Bevölkerung da. Er müßte unter allen Umständen darauf bestehen, daß den Selbstversorgern die gute billigere Inlandsbutter zugewiesen werden müßte.

Der Landrat des Saalkreises ist derselben Ansicht wie Herr Nilius, also ein Herz und eine Seele, wenn es gilt junkerliche Standesinteressen zu Ungunsten der breiten Bevölkerungsschichten zu vertreten.

Die außerordentliche Fettknappheit wird also noch dadurch gestärkt, daß man denen, die nicht in der Lage sind, durch Eigenproduktion der Fett- und Milchknappheit zu steuern, Butter zuweist, die manchmal nur dem Namen nach Butter ist. Durch das Bestreben der kleineren und mittleren Landwirte die Milch und Butter der Zwangswirtschaft zu entziehen und dem sogenannten „freien" Handel zuzuführen und andernteils durch die Tatsache der außerordentlich niedrigen Zahl des Milchviehes auf der Mehrzahl der großen Güter wird es bald dahin kommen, daß der Arbeiter auch noch das Wenige entbehren muß, was ihm jetzt so kläglich zugeteilt wird. Der von der Sozialdemokratie vorausgesagte wirtschaftliche Bankerott ist also die Folge der vierjährigen verruchten Kriegspolitik. Um jedoch die Bevölkerung vor dem völligen Ruin zu bewahren, fordern wir:

1. Einstellung, resp. Aufzucht von Milchvieh jedes Grundbesitzers, entsprechend der Morgenzahl des von ihm bewirtschafteten Grund und Bodens.
2. Schärfste Erfassung aller produzierten Milch zwecks gleichmäßiger rationeller Verarbeitung und
3. Verteilung von Margarine sowie Naturbutter zu gleichen Teilen an alle, gleichviel ob versorgungsberechtigt oder Selbstversorger. Die außerordentliche Zeit erfordert unbedingt außerordentliche Maßnahmen.

Ergebnisse der Gemeindewahlen.

Falkenberg. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden für die Liste der Mehrheitssozialisten 913 Stimmen und die vereinigte bürgerliche Liste 876 Stimmen abgegeben. Jede der beiden Parteien erhält 9 Sitze im Stadtparlament.

In Bitterfeld wurden 15 vereinigte Sozialdemokraten gegen 15 Bürgerliche gewählt.

In Wittenberg wurden 13 vereinigte Sozialdemokraten gegen 23 Bürgerliche gewählt.

In Bernburg: 15 Mehrheitssozialisten, 8 Unabhängige, 5 Demokraten, 1 Angestellter, Bürgerverbände 6.

In Piesteritz: 1 Mehrheitssozialist, 13 Unabhängige, 1 Bürgerlicher.

In Schkeuditz wurden 16 Unabhängige und 8 Bürgerliche gewählt. Wir hatten keine Liste aufgestellt.

In Pavitz wurden 3 Mehrheitssozialisten und 9 Unabhängige gewählt.

Schildau. Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen. Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen brachten unserer Liste einen glatten Sieg. Unsere gemeinsame Vorschlagsliste erhielt 325 Stimmen, die Liste der Demokraten 196 Stimmen. Die Demokraten erhalten 4 Sitze und unsere gemeinsame Liste 8 Sitze, von denen 4 auf die Mehrheitssozialisten, 2 auf die Unabhängigen entfallen und zwei parteilos sind. Von unseren Genossen sind gewählt: Steinarbeiter Alwin Hempel, Oberpostschaffner a. D. Karl Kanitz, Gutsbesitzer Willibald Thierbach und Schneidermeister Karl Rasenberger. Nun zieht auch in unserm Städtchen eine sozialistische Mehrheit ins Parlament und die verknöcherte Reaktion ist gestürzt. Die acht Gewählten werden zum Segen der Stadt ihre Pflicht erfüllen. Unsere Ortsgruppe hat sich auf 26 Genossinnen und Genossen erhöht, weitere Aufnahmen werden folgen. Darum frisch ans Werk zur neuen Agitation. Bei folgenden Genossen werden Aufnahmen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190225-15/fragment/page=0005
DFG

entgegengenommen. Karl Minckner, Bäckermeister; Karl Kanitz, Oberpostschaffner a. D., Max Pinow, Uhrmacher, Emil Vinz, Schuhmachermeister.

Groß-Möhlau (Kreis Bitterfeld). Neuer Ortsverein. Am Sonntag, den 16. Februar, tagte hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Genosse Ernst Maaß, Gräfenhainichen, referierte. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß an die Versammlung wurde ein neuer Ortsverein gegründet und als Vorsitzender Gen. Paufler gewählt. Es wurden auch eine größere Anzahl Abonnenten für die Volksstimme gewonnen, so daß die besten Aussichten für unsere Partei in unserem kleinen Ort vorhanden sind.

Kleinleipisch. Recht traurige Verhältnisse scheinen in den hiesigen Barackenlagern zu bestehen. Am 20. Febr. wurde hier ein zugezogener Matrose beerdigt, dessen Leiche schon sieben Tage in den Baracken gelegen hatte. Erst hatte sich um den Schwerkranken niemand gekümmert, bis es zu spät war. Der Barackenverwalter, den die Schuld mittrifft, hat sich verduftet. Der Verstorbene soll auch noch 30 Mk. Geld gehabt haben, das ist auch verschwunden. Die Werksverwaltung steht auch nicht auf der Höhe der Zeit, denn es konnte nicht einmal festgestellt werden, wo der Tote beheimatet war. Nur soviel, daß er aus dem besetzten Gebiet stammt. Es arbeiten hier ein ganz Teil zugezogener Arbeiter, denen man nach etlichen Wochen noch nicht einmal die Papiere abgenommen hat. Das sind beschämende Tatsachen für die Beamten. Hoffentlich schafft hier der Arbeiterrat auch bald Remedur.

Artern. Zum Wahlkampf. Ein Stück praktischer Wahlarbeit brachte die Freitag abend im Goethehaussaale einberufene Volksversammlung. Einberufen war sie von beiden sozialistischen Parteien, die im Wahlkampf geschlossen auftreten; gezeigt hat sie in anerkennenswerter Weise, daß es auch ohne den verderbenbringenden Bruderkampf recht gut geht. Als Referent war Genosse König-Halle (Unabh.) gewonnen worden, und seine Ausführungen sicherten ihm von Anfang bis zu Ende eine dankbar-aufmerksame Zuhörerschaft. Wohlverdienter Beifall lohnte den Redner. Da die Reaktion sich nicht zum Worte meldete, auf der eigenen Seite aber bei der Fülle des Gebotenen eine Erweiterung und Vertiefung als überflüssig erkannt wurde, konnte Genosse Hoffmann als Leiter der Versammlung das Schlußwort ergreifen, in dem er besonders die Notwendigkeit eines geeinten Vorgehens bei den Kommunalwahlen unterstrich. Auch Genosse Preuß von der Mehrheitspartei hatte in kurzen Worten unserer Wählerschaft Einigkeit und nimmermüde Ausübung der Wahlpflicht ans Herz gelegt: Wir haben nur einen Feind, die offen und versteckt arbeitende Reaktion! Sie ist am Werke, wie die Schandtaten der Münchener Mordbuben beweisen. Des Gemordeten Andenken ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Möge die gehaltvolle Fülle von Anregungen, die der genußreiche Abend brachte, auf fruchtbaren Boden gefallen sein zu künftigem Wohle unserer Gemeinde. Möge sich auch jeder uns noch Fernstehende daraus ein Sträußchen gepflückt haben zu Weihe und Genuß in nachdenksamen Stunden.

Elsterwerda. An die Leser der Volksstimme. Seit Mitte d. Mts. wird die „Volksstimme" in Elsterwerda und Biehla ausgetragen. Daneben sind noch eine Reihe Postabonnenten der „Volksstimme" in Elsterwerda und den angrenzenden Ortschaften vorhanden. Mit dem 1. März soll der Austrägerdienst der „Volksstimme" außer Elsterwerda und Biebla auch Kotzschka und Krautschütz umfassen. Damit wir unsern gesamten Abonnenten in den genannten Orten die Zeitung im März durch unsere Austräger zustellen können, bitten wir alle — auch die bisherigen Postabonnenten — um rechtzeitige Bestellung der Zeitung bei den Austrägern selbst oder im Geschäft des Genossen Bräming, Elsterwerda, Hauptstraße 40.

Halberstadt. Sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit. Bei der Stadtverordnetenwahl am Sonntag haben 68 v. H. gewählt. Auf die Liste der Mehrheitssozialisten entfielen 9719 Stimmen (20 Sitze), der Unabhängigen 2906 Stimmen (6 Sitze) und der vereinigten bürgerlichen Parteien 8143 Stimmen (16 Sitze).

Briefkasten der Redaktion.

Konsequenter Abonnent. Sie wollen wissen, ob die Unabhängigen auch die Entlassung der „regierungssozialistischen" Reinemachefrau des Arbeitersekretariats fordern? Wenn die Unabhängigen „konsequent" sein wollen, wie sie immer behaupten, müßten sie das schon, denn alle die gegenüber dem Gen. Kleeis vorgebrachten Argumente treffen auch auf die Reinemachefrau zu. Vielleicht richten Sie Ihre Anfrage einmal an das Volksblatt. Ihr Wissensdrang eröffnet überhaupt viele Perspektiven. In der einen Sitzung kann der Verband der Hausangestellten die „Entfernung" der Reinemachefrau fordern (denn die Unabhängigen können doch nicht für „regierungssozialistische" Angestellte Gehälter zahlen), in der anderen Sitzung muß der Verband — Gemaßregelten-Unterstützung bewilligen und für Wiedereinstellung der Gemaßregelten sorgen. Warum überhaupt mit den Entlassungen sich begnügen? „Grundsätzlich" müßte gefordert werden, daß die im Sekretariat verwendeten Kehrbesen nur von unabhängigen Besenbindern gemacht werden, die Tinte nur von unabhängigen Tintenkulis hergestellt wird usw. Vielleicht fallen diese Anregungen auf fruchtbaren Boden.

2000 O. E., Halle. Anspruch auf Entschädigung haben Sie leider keine. Sie können aber vorteilhaften Kredit, der in solchen Fällen bereitgestellt werden soll, in Anspruch nehmen.

H. F., Hohenmölsen. Reichlich verspätet geht uns Ihre Karte zu. Wir können jedoch aus Ihrer Anfrage nicht klar ersehen, ob Sie die „Holzarbeiterzeitung", die gewerkschaftliche Fachzeitung der Holzarbeiter, die in Berlin erscheint, haben wollen oder irgend eine andere Fachzeitung für Tischler.

O. W. H. Wir haben mit Interesse von Ihrer Zuschrift Kenntnis genommen. Es sind traurige Verhältnisse, die Sie schildern. Die beste Abhilfe ist restlose Aufklärung über die Zustände in der Oeffentlichkeit und vor allem in Verbindungsetzen mit der zuständigen gewerkschaftl. Organisation, dem Landarbeiterverband, damit dieser einmal hineinleuchtet und die Abstellung der Mißstände durchsetzen kann.

Lebensmittel-Kalender.

45 Gramm Butter! In der Woche vom 24. Febr. bis 2. März 1919 werden auf den Abschnitt 9 der Fettkarte für jede Person des Haushalts 45 Gr. Butter zum Preise von 39 Pf. abgegeben. Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag, den 27. Febr., bis Sonnabend, den 1. März 1919. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 3. März, abzuliefern.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch auf den Abschnitt 9 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer John, Gr. Gosenstr. 17, und Kl. Ulrichstr. 26, Milchhändlerin Pötschke, Brandenburger Str. 10, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Martinstr. 11, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 1. März 1919 abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse und Backpulver in der Talamtschule am Mittwoch. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 4001—5500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5501—6000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pfennigen und ein Paket Backpulver zum Preise von 10 Pfennigen abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von **Marmelade** wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch. Für jede Person eines Haushaltes wird ein halbes Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 1 Mark für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 27 des Warenbezugsscheines 19 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Mittwoch, den 26., und Donnerstag, den 27. Februar 1919, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Suppen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Abänderung der Anordnung über die Verkaufsregelung bedarfsscheinpflichtiger Schuhwaren für die Stadt Halle. Die Bestimmung des § 12 der Anordnung über die Verkaufsregelung bedarfsscheinpflichtiger Schuhwaren wird mit Wirksamkeit vom 1. März dahin abgeändert, daß die Schuhwarenhändler den jedesmaligen Eingang der Vorwoche an bedarfsscheinpflichtigem Schuhwerk und den Bestand des nicht abgeholten Schuhwerks auf dem vom Magistrat ausgegebenen Vordruck, nicht allwöchentlich, sondern an jedem sechsten Montag, erstmalig am 3. März, anzugeben haben.

Alte Sozialdemokratische Partei.

Ebert—Scheidemann.

Ammendorf. Ammendorf.

Wählerinnen von Ammendorf!

Mittwoch, den 26. Februar d. J., abends 7½ Uhr,

im Gasthof zum „Goldnen Adler", Inh. Landmann

Oeffentliche Frauen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Frau in der Gemeindevertretung.
Rednerin: Schwester Lydia Ruehland, Dürrenberg.
2. Freie Aussprache.

Die Frauen von **Ammendorf** sind zu dieser **Versammlung frdl. eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.** Der Saal ist gut geheizt: Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pfg. Eintritt erhoben. 2325

Der Einberufer.

Generalkommando VI. Armeekorps **Abschrift.**

Ia op., Ia org. Nr. 394 1. 19.

1. Auf höheren Befehl ist ein Verkehr von Zivil- und Militärpersonen nach dem von Polen besetzten Teil der Provinz Posen nicht mehr zuständig.
2. Entlassungen nach dem besetzten Teil der Provinz Posen dürfen nicht mehr erfolgen.
3. Entlassene Soldaten fremder Korps, deren Fahrscheine nach dem besetzten Teil der Provinz Posen gerichtet sind, sind anzuhalten. Im Falle, daß diese Leute kein Unterkommen in der Provinz Schlesien nachweisen können, sind sie im Lager Neuhammer unterzubringen.

Breslau, den 22. Januar 1919.

Von seiten des Zentral-Soldatenrats. gez. Eggers.

Von seiten des Generalkommandos. Für den Chef des Generalstabes. gez. Hesterberg, Major.

Generalkommando IV. Armeekorps.

Abt. Ib Nr. 588. — Zu Ib Nr. 379 vom 1. 2. 19.

Vorstehende Abschrift zur Kenntnisnahme und Weiterbekanntgabe.

Magdeburg, den 19. 2. 1919.

Von seiten des Generalkommandos. Der Chef des Generalstabes. v. dem Hagen, Oberstleutnant.

Der Zentral-Soldatenrat IV. A. K. J. A. Lötsch.

Möbel

hauptsächlich Schlafzimmer-Einrichtungen, bestehend aus: Schrank mit oder ohne Spiegel, Waschkommode mit Spiegel und Marmor oder Waschtisch, 2 Bettstellen, 3teilige Auflage und Patentmatratzen, mit od. ohne Nachtschränkchen liefern wir in jeder Preislage

auf Teilzahlung

auch Küchen in vielen Farben und Mustern von M. 390 bis 1230. Grosse Auswahl in einzelnen Möbeln. Bequeme wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen, die mögl. nach Wunsch der Käufer festgesetzt werden

Eichmann & Co.

Halle a. S.
Grösst. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstrasse 34, Eingang Schulstrasse.

Hallische Aerzteschaft!

Die mitgeteilten Massregeln treten vom 26. Februar ab in Kraft.

Der Aerzteverein bittet seine Mitglieder, sich dem Vorgehen anzuschliessen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190225-15/fragment/page=0006